

Bezugspreis: Einzelheft 10,50 M., monatlich 3,50 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 M., ggf. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 M., für das übrige Ausland 10,75 M., bei täglich einmaliger Zustellung 8,75 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Postzeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Reklamereizele kostet 1,50 M., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 75 Pf., (zuletzt zwei feilgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pf., Stellengelände und Schließelanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Betriebs-Anzeigen 1,40 M., die Reste. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 6. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

# Arbeiten oder hungern.

## Streikrecht, Streikpflicht, Streikbruch.

II.

Solange das Verantwortlichkeitsgefühl in diesem Maße nicht vorhanden ist, muß die Bevölkerung das Recht haben, sich gegen die Bedrohung ihrer Lebensmöglichkeiten zu schützen. Und ein so leichtfertig, entgegen dem Willen der Bevölkerung und auch der beteiligten Arbeiterschaft geradezu aufgewungener Streik wie der letzte sogenannte Sympathiestreik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin zwingt geradezu, sich gegen einen derartigen Mißbrauch des Streikrechts zu schützen. Die Berliner Elektrizitätsarbeiter hatten zunächst den Sympathiestreik abgelehnt. In einer späteren Versammlung ist er dann unter der Voraussetzung beschlossen, daß auch alle übrigen Arbeiter sich daran beteiligen. Trotzdem das nicht geschah, wurden die Elektrizitätsarbeiter schließlich durch erlogene Nachrichten über anderweitig bereits eingetretene Streiks teilweise zur Arbeitsniederlegung veranlaßt. Unabhängige Arbeiter und Vertreter des Maschinen- und Heizerverbandes haben sich tapfer an diesen Lügen beteiligt.

Von diesem Gesichtspunkt muß die Technische Nothilfe betrachtet werden. Die in Berlin errichtete Technische Nothilfe ist keine militärische Organisation. Sie untersteht lediglich verwaltungsmäßig dem Reichswehrministerium, ist aber in ihrem Aufbau und in ihrer Leitung eine rein zivile Arbeitsorganisation. Die Technische Nothilfe lehnt es entschieden ab, sich allgemein in rein wirtschaftliche Streiks einzumischen. Sie zieht auch den Begriff der lebenswichtigen Betriebe, deren Aufrechterhaltung im Notfall allein ihre Aufgabe ist, so eng, daß sie zum Beispiel bei einem Streik der Straßenbahn und Hochbahn diese nicht in Betrieb halten würde. Dagegen steht sie auf dem Standpunkt, daß zum Beispiel die Elektrizitätswerke mindestens insoweit in Betrieb gehalten werden müssen, als durch die Stilllegung die Lebensinteressen der Bevölkerung gefährdet werden. Es kann also keine Rede davon sein, daß es sich um eine Streikbrecher-Organisation handelt, sondern es handelt sich um eine Organisation zur Behebung eines zeitweilig entstehenden dringenden Notstandes.

Die von mir gekennzeichneten Voraussetzungen für das Eingreifen der Technischen Nothilfe lagen im Berliner Elektrizitätsstreik vor. Der Streik entsprach nicht dem Willen der beteiligten Arbeiter und noch viel weniger der gesamten Bevölkerung. Er war nicht unvermeidlich, um wirtschaftliche Forderungen der Elektrizitätsarbeiter durchzusetzen, da diese gar keine Forderungen aufgestellt hatten. Ich kann aber diesen Streik nicht als ein geeignetes Mittel betrachten, die Metallindustriellen zum Nachgeben resp. zum Verhandeln zu zwingen. Von dem Elektrizitätsstreik betroffen wurde die Berliner Bevölkerung, die doch nur durch Anwendung von Gewalt einen Druck auf die Metallindustriellen hätte ausüben können. Es ist aber zu bestreiten, daß dieser Streik notwendig war, um die jetzt stattfindenden Verhandlungen herbeizuführen. Das hat die „Freiheit“ selbst zugegeben, denn in ihrer Nummer 504 vom 18. Oktober teilt sie mit, daß der Streik der Maschinenisten beendet sei, da er seinen einzigen Zweck, die Metallindustriellen zu Verhandlungen zu zwingen, erreicht habe. Und dann fährt sie fort:

Das neue Schiedsgericht wird am Sonnabend zusammen treten. Wir hoffen, daß es unter dem Eindruck der großen, kräftigen Bewegung zu einer Lösung der Streitfragen kommen wird, die es den Arbeitern möglich machen wird, sich der Entscheidung des Schiedsgerichts zu beugen, ohne daß bei ihnen das Gefühl der Vergewaltigung zurückbleibt. Die Korrektur am Schiedspruch vom 21. August wird vor allem darin bestehen, daß die zu gewährenden Lohnzuschläge auch in der 6. Lohnklasse von 5 auf 10 Pf. erhöht werden.

Auf dieser Grundlage, Erhöhung der Lohnzuschläge in der 5. Lohnklasse von 5 auf 10 Pf., hatten sich die Unternehmer aber bereits etwa acht Tage vorher zu Verhandlungen bereit erklärt. Das, was also als der wichtigste Erfolg des Streikes bezeichnet wird, war bereits vorher zugestanden. Und endlich war das Eingreifen der Technischen Nothilfe gerechtfertigt, weil die für den Streik zuständige Gewerkschaftsorganisation, der Verband der Maschinenisten und Heizer, nicht bereit war, die Notstandsarbeiten auszuführen, die erforderlich gewesen wären, um Leben und Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Auf diesen Boden haben sich auch einmütig die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute unserer Partei gestellt.

## Volksgenossen!

Ein vernichtender Streit soll gegen Euch geführt werden!

Wir hatten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Kartoffeln und Kohlen in die Städte zu bringen. Diese für Zehntausende von Einzelgenossen außerordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Gespenst des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolge führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freiwerdenden Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunutzen.

Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk betrogen werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generalstreik aufgerufen! Ein Aufschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet, in seinen Folgen so verhängnisvoll, daß die gesamte Bevölkerung ihm in einheitlicher Front den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen muß.

Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weiter gekämpft werden. So diktiert es eine zum äußersten bereite Minderheit, an ihrer Spitze die von den Radikalen beherrschte Fünfzehnerkommission und der unabhängig-kommunistische Kampfvollzugrat. Sie sprechen offen von dem „nun politisch gewordenen Kampf“.

Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschub duldet, und es wird sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wehren, die es noch tiefer ins Unglück stürzen.

Wir sind verantwortlich für Leben und Gesundheit von 60 Millionen Deutschen! Wir werden sie mit Anbietung aller Kraft schützen!

Volksgenossen, steht und in diesen schweren Tagen zur Seite! Es geht um Euch, um Eure Frauen und Kinder!

Berlin, den 5. November 1919.

Die Reichsregierung.

Bauer, Schiffer, Dr. Sell, Dr. David, Erzberger, Dr. Geffer, Wiebbergs, Koch, Dr. Mayer, Müller, Raabe, Schlack, Schmidt.

Die Preussische Regierung.

Girsch, Braun, Hübner, Haensch, Heine, Defer, Stegerwald, Dr. Südelum, Am Jahnhoff.

Über 800 Männer und Frauen, die täglich in harter Arbeit im Betriebe stehen, die zum Teil jahrzehntelang in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung tätig sind und die in manchem Kampf ihren Mann gestanden haben, in einer Zeit, als kämpfen noch mehr bedeutete als bloß Maul aufreißen. Nichts liegt uns allen sicherer ferner, als der Arbeiterschaft in ihrem berechtigten Streben nach wirtschaftlicher Befreiung Hindernisse in den Weg zu legen. Wir sehen diese Hindernisse im Gegenteil gerade in dem Auftreten der Unabhängigen und Kommunisten, die die parteipolitische Zerklüftung auch in die Gewerkschaften hineintragen. Und treibt bei unserer Stellungnahme allein das Bestreben, die gewerkschaftlichen Organisationen von dem Besonderen einer schiefen Ebene zurückzuhalten, auf der sie in den Abgrund gleiten müssen. Jeder Versuch, diese Männer der Technischen Nothilfe und diejenigen, die hinter ihnen stehen, zu infamieren und sie aus den Gewerkschaften auszuschließen, wird daher unseren entschlossenen Widerstand finden und münde zu einer schweren Erschütterung der Gewerkschaften führen. Wir scheuen uns nicht, diesen Kampf aufzunehmen.

Soll den Gewerkschaften ein maßgebender Einfluß auf Streiks in lebenswichtigen Betrieben und auf die Verrichtung von Notstandsarbeiten eingeräumt werden, so setzt das allerdings voraus, daß sie wirtschaftliche Interessenvertretungen auf gewerkschaftlicher Grundlage und keine parteipolitischen Kampfsorganisationen sind. Das letztere trifft aber zurzeit auf einen Teil der Berliner Gewerkschaftsorganisationen und auch auf die Gewerkschaftskommission und ihren Ausschuss zu. Ist das etwa ein Zeichen von gewerkschaftlicher Gleichberechtigung aller Mitglieder und von Solidarität, wenn man Gewerkschaftsangehörige, deren gewerkschaftliche Tätigkeit man anerkennt, lediglich deshalb hinauswirst, weil sie Mitglieder der mehrheitssozialistischen Partei sind? Ist es etwa ein Beweis für die rein gewerkschaftliche Grundlage der Organisationsfähigkeit, wenn man Beschlüsse faßt, wonach nur Mitglieder der U. S. P.

und der kommunistischen Partei Funktionärsposten in der Gewerkschaft bekleiden können oder nur solche, die sich auf das „unverfälschte Rätesystem“ verpflichten? Ist das ein Beweis für die Achtung der Arbeiterrechte, wenn man Zehntausende von Gewerkschaftsmitgliedern in ihren Rechten auf das Schwerste benachteiligt, indem man den „Vorwärts“ als Publikationsorgan ausschließt und die Mitglieder dadurch zwingen will, gegen ihre Überzeugung die „Freiheit“ zu lesen oder sich von den Veranstaltungen der Organisation ausschließen zu lassen? Eine ganze Reihe von Berliner Organisationen der Gewerkschaften sind heute keine gewerkschaftlichen Organisationen mehr, sondern sie sind lediglich Parteifilialen der unabhängigen und kommunistischen Partei, wobei man allerdings so gnädig ist, auch von Mitgliedern der mehrheitssozialistischen Partei noch Beiträge entgegenzunehmen, ihnen aber alle wesentlichen Rechte nimmt.

Wenn von den Streifen, die heute die Macht in den Berliner Gewerkschaften ausüben, ihre Praktiken damit begründet werden, daß der gewerkschaftliche Kampf kein rein wirtschaftlicher sein kann, sondern daß er auch als politischer Kampf geführt werden müsse, so ist das in gewissem Sinne zuzugeben. Die Gewerkschaften müssen auch politisch kämpfen, indem sie z. B. auf die Gesetzgebung Einfluß zu erreichen suchen. Sie müssen für die Sicherung und den Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeiterrechte, des juristischen Arbeiterrechts, der Sozialpolitik und für die organische Sozialisierung des Wirtschaftslebens eintreten. Sie müssen sich dabei der Hilfe derjenigen Parteien bedienen, die bereit sind, für ihre Forderungen einzutreten. Und sie werden naturgemäß bei Wahlen auch ihre Mitglieder darauf hinweisen, daß es darauf ankommt, solche Parteien zu unterstützen, die im Parlament stets für die Forderungen der Arbeiter eintreten.

Wenn man die politische Betätigung der Gewerkschaften so auffaßt, dann bedeutet sie allerdings eine Förderung des gewerkschaftlichen Kampfes. Das bedeutet aber auch, daß die Gewerkschaften unter keinen Umständen sich zur Unterstützung der kommunistischen Partei hergeben dürfen, die ja nicht nur die Gewerkschaften zerstören will, sondern die auch jede parlamentarische gesetzgeberische Tätigkeit verneint. Das bedeutet ferner, daß die Gewerkschaften sich nicht einseitig auf die Unterstützung der unabhängigen Sozialdemokratie festlegen dürfen. Gerade die mehrheitssozialistische Partei hat bei der Vertretung der Arbeiterinteressen in den Parlamenten, soweit wirkliche sachliche Arbeit in Frage kommt, stets die führende Rolle gespielt. Und endlich dürfen die Gewerkschaften die demokratische Gleichberechtigung des gesamten Volkes und die Sozialisierung nicht unmöglich machen durch Eintreten für Räteorganisationen und „proletarische Diktaturen“, die der Unwissenheit, der Unfähigkeit und dem politischen Hochstapeltum die Macht in die Hand geben.

Es muß auch verlangt werden, daß bei der Befehung von Funktionärsposten in den Organisationen nicht das Parteimitgliedsbuch, sondern die gewerkschaftliche Loyalität und Eignung die entscheidende Rolle spielt. Es spricht nicht gerade für die gewerkschaftliche Loyalität der Unabhängigen und Kommunisten, wenn sie, um gewählt zu werden, das Privileg ihres Partei-Mitgliedsbuches in Anspruch nehmen müssen.

Für die Anhänger der sozialdemokratischen Partei ist die Stellung zu den Fragen gewerkschaftlicher Taktik schon klar vorgezeichnet:

1. Aufgabe der Gewerkschaften muß sein, nachdrücklich Vertretung der Arbeiterinteressen im Arbeitsverhältnis, weitestgehende Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter, Sozialisierung der Wirtschaft mit dem Ziele der Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und seine Ersetzung durch das sozialistische. Eintreten für den Ausbau der Sozialversicherung und des Arbeiterkulturs.
2. Im Rahmen dieser Aufgaben auch Einwirkung auf die Politik; Zusammenarbeiten mit denjenigen Parteien, die für die von der Gesamtheit der freigeberkschaftlichen Organisationen aufgestellten Forderungen eintreten. Jede einseitige parteipolitische Festlegung innerhalb dieser Parteien ist entschieden abzulehnen.
3. Die Ziele der Gewerkschaften sind mit den gesetzlich gegebenen und gesicherten Mitteln des Koalitions- und Streikrechts sowie des Tarifvertrages zu verwirklichen. Dabei darf der Streik nicht Selbstzweck sein, sondern kommt nur als äußerstes Kampfmittel in Betracht, wenn die Organisation den Verhandlungs- und Schlichtungsweg ohne Erfolg gegangen ist. Der Streik darf nur von den beteiligten Arbeitnehmern in gemeinsamer Abstimmung mit den von der Organisation vorgeschrie-

Benen Mehrheiten beschlossen und nur mit Zustimmung der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation durchgeführt werden.

4. Lebenswichtige Betriebe sind von einem Streik auszuscheiden, inwieweit durch ihre Stilllegung Leben und Gesundheit der Bevölkerung gefährdet werden könnte. Durch besondere, von Gewerkschaften und Regierung gemeinsam zu schaffende Instanzen ist den Arbeitern lebenswichtiger Betriebe erhöhte Möglichkeit zur friedlichen Durchsetzung ihrer Forderungen zu geben und gleichzeitig der Umfang der unbedingt zu verrichtenden Notstandsarbeiten zu bestimmen.

5. Streiks mit politischen Zielen dürfen von gewerkschaftlichen Organisationen nicht beschlossen, ihre Durchführung von ihnen nicht unterstützt werden. Sie sind vielmehr lediglich Sache der politischen Parteien. Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an einem politischen Streik darf nicht zur Bevorzugung oder Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Rechte führen.

6. Alle in Gewerkschaften bestehenden Beschlüsse, die Befugung irgendwelcher Vertrauensposten in der Organisation von der Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei abhängig zu machen oder Mitglieder einer bestimmten Partei generell davon auszuscheiden, sind aufzuheben. Ebenso Beschlüsse, die die Verpflichtung auf ein sogenanntes Mätesystem verlangen. Entscheidend darf lediglich die gewerkschaftliche Tätigkeit und Loyalität sein. Aufzuheben sind auch alle Beschlüsse, die einen Abonnement- oder Inseraten-Boykott gegen mehrheitssozialistische Zeitungen verhängen.

Nur auf dem Boden dieser Grundsätze ist es möglich, die Gewerkschaften stark und einig zu erhalten. Nur so kann Solidarität verlangt und geübt und dadurch die Arbeiterschaft unüberwindlich gemacht werden. Schwerster Schaden ist der Arbeiterschaft bereits durch die unabhängig-kommunistische Taktik der parteipolitischen Zerstückelung der Gewerkschaften zugefügt worden. Das Erstarken der Reaktion und des kapitalistischen Unternehmertums ist die Folge. Milliarden an Werten sind dem deutschen Volke durch die Folgen dieses sinnlosen Kraftmeieriums verloren gegangen, nicht zum wenigsten gerade zum Schaden der Arbeiterschaft.

So kann und darf es nicht mehr weitergehen. Pflicht aller besonnenen und wahrhaft sozialistisch denkenden Arbeiter muß es sein, die Gewerkschaften wieder ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen. Mögen die Anhänger der sozialdemokratischen Partei zeigen, daß noch der alte Geist in ihnen lebt und daß er versteht, sich siegreich durchzusetzen.

Schließt Euch zusammen zur energischen Abwehr der unabhängig-kommunistischen Gewerkschaftsvernichtung.

Franz Krüger, R. d. R.

Vors. d. Bezirksorganisation Groß-Berlin d. S. P. D.

### Die Londoner Hungerkonferenz.

Aus London meldet Reuters: Die vom Räte zur Bekämpfung der Hungernot organisierte internationale Wirtschaftskonferenz beriet gestern über die Wirtschaftslage Europas. Der Holländer Dr. Wendebach, der seit Ausbruch des Krieges ein Wiener Spital leitet, gab ein furchtbares Bild von den Verheerungen, die der Hunger und die Krankheiten in Wien angerichtet haben. Professor Brentano (Deutschland) erklärte, es sei zwecklos, sorgfältige internationale Vorkehrungen für die Erhöhung des Lebensstandards in der ganzen Welt zu treffen, solange der Standard der großen Massen Mitteleuropas fast auf dem asiatischen Niveau stehe. Sir George Paish, der die Verhältnisse in Deutschland untersucht hat, sagte, Europa stehe vor einer unermeßlichen Katastrophe, und wenn der europäische Kredit nicht wiederhergestellt werde, so werde eine gewaltige bolsche-

wistische Erhebung die Folge sein. Professor Starling, der an der Regierungskommission nach Deutschland teilgenommen hatte, erklärte, Deutschland stehe am Rande des Verhungerns. Millionen würden dort diesen Winter sterben.

### Clemenceau in Straßburg.

Clemenceau hat in einer Rede in Straßburg zu den „befreiten“ Brüdern gesprochen. Er betonte ausdrücklich, daß er nicht als Kandidat, sondern als Haupt der Regierung spreche. „Endlich ist das Befreiungswerk vollendet und das von Frankreich losgeriffene Elsass-Lothringen wiedergeboren.“ Er entwarf das Wahlprogramm der Regierung und trat für provinzielle Autonomie ein und hoffte, daß dadurch sein Nachfolger eine große Erleichterung in seinen Regierungsarbeiten haben werde.

Clemenceau sprach dann sehr energisch gegen den Völkerverein und kritisierte die Haltung der „unifizierten Sozialisten“ aufs Schärfste. Er erklärte, sie trieben eine Politik der Risikata. Die heutige Lage in Europa mache es notwendig, daß Frankreich zwei Jahrgänge unter den Fahnen behalte.

Was die sozialistischen Fragen betreffe, so „muß“, meinte Clemenceau, dem dauernden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ein Ende gemacht werden. Er erkenne an, daß die Arbeiter ein Anrecht auf einen größeren Anteil am Gewinn der Unternehmungen hätten. Das Interesse an der Erzeugung erfordere, daß man ihnen einen Teil des Gewinnes zurkenne.

Gefährliche Angriffe auf Deutschland hat Clemenceau vermieden.

### Arbeiterschulkonferenz in Washington.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der deutschen Gewerkschaften (Christlich-Demokr.) haben auf die Nachricht von der Einberufung deutscher Vertreter zur internationalen Arbeiterschulkonferenz in Washington nachstehenden Funkspruch an die Konferenz geschickt:

„Die deutsche Arbeiterschaft, vertreten durch ihre Berufsorganisationen, begrüßt den Beschluß der Washingtoner Arbeiterschulkonferenz, wonach Vertreter Deutschlands mit gleichen Rechten und Pflichten zu den Verhandlungen zugelassen worden sind. Abgaltige Uebervorteilung anderer Vertreter wird leider noch durch Passagierwierigkeiten behindert. Falls sich diese beheben lassen, werden die deutschen Vertreter an den hohen Aufgaben der Konferenz im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der Welt gern mitwirken.“

### Die Sozialisierungsfrage.

(Eigener Drahtbericht aus Wien.)

Auf der Industrie-Konferenz sprach Unterstaatssekretär Genosse Dr. Ellenbogen für Sozialisierung. Nach ihm ergriff der Staatssekretär für Handel, Ingenieur Zerbiz, das Wort und führte aus, er habe im Gespräch mit verantwortlichen Vertretern des Auslandes die Ueberzeugung gewonnen, daß durch die Propaganda für die Sozialisierung im Auslande Mißtrauen gegen Deutschösterreich hervorgerufen werde.

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beschäftigte sich heute mit dieser Erklärung Zerbizs. Einmütig wurde festgesetzt, daß der Inhalt dieser Erklärung den Vereinbarungen zwischen den koalitierten Parteien, auf Grund deren die Regierung gebildet wurde, widerspreche. Der Verband beschloß, von seinen Vertretern in der Staatsregierung Ausklärung über diesen Widerspruch zu verlangen.

### Arbeitsruhe am Revolutionstage in München.

Die Betriebsräte Münchens beschloßen, die Revolutionsfeier am Sonnabend durch Arbeitsruhe zu begehen. Sie setzten sich mit den sozialdemokratischen Parteien in Verbindung, damit die Münchener Feiern alle am 8. November gehalten werden. Die Parteileitung der U. S. P. lam dem Wunsch der Betriebsräte entgegen.

### Schutz lebenswichtiger Betriebe.

Amlich wird bekanntgegeben: Es hat eine starke Propaganda für einen Generalkrieg in Groß-Berlin eingeleitet. Um die Interessen der Bevölkerung zu schützen und jede Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Einwohner zu unterbinden, tritt auf neue der zuerst unter dem 17. Oktober veröffentlichte Erlass des Oberkommandierenden in Kraft. Diese Verordnung hatte folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Belagerungszustandes verbiete ich jedwede weitere Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, insbesondere: Zerstörungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und -leistungen. Zuwiderhandelnde setzen sich einer Bestrafung bis zu einem Jahr Gefängnis und sofortiger Verhaftung aus, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt wird.

Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität sowie die öffentlichen Verkehrsmittel. Der Oberbefehlshaber. (gez.) Klose.

### Hindenburg für die „alte Herrlichkeit“.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat auf einen Wehrdienstglückwunsch des Chefs der Admiralität wie folgt geantwortet: „Furer Erzellenz und der Reichsmarine danke ich herzlich für das kameradschaftliche Gedanken meines Geburtstages. Mögen Marine und Landtruppen wie einst in großer Zeit so auch in Zukunft gemeinsam den Geist der Treue und Manneszucht pflegen, dann ist die Grundlage geschaffen, auf der die alte Herrlichkeit des Reiches wieder errichtet werden kann!“

Postbrückenrat. Das Landwirtschaftsministerium hat neuerdings Erhebungen darüber ange stellt, wie weit die Postbrückenrat ernte eingebracht und ob Aussicht vorhanden ist, daß sie reiflos geerntet wird. Nach den Berichten der Regierungspräsidenten nehmen die Bergungsarbeiten überall ungehörigen Fortgang. In 29 Bezirken ist die Einbringung sowohl der Kartoffeln als auch der Rüben gesichert und in kurzer Zeit zu erwarten. In den Mecklenburger Altenteilen, Marienwerder, Bromberg, Breslau, Pommern, Magdeburg und Koblenz waren die Arbeiten durch den Leutenangel aufgehalten. Abhilfemaßnahmen sind eingeleitet. Wenn die Witterung wieder günstiger wird und in den nächsten 14 Tagen günstig bleibt, kann — von wenigen Kreisen abgesehen — mit reiflicher Einbringung gerechnet werden.

Die Ueberwindung der Balkenwerber. Die in den Morgenblättern vom Mittwoch veröffentlichte Meldung einer Berliner Lokalcorrespondenz über die Vorgänge, die mit der Person eines Majors Kaupisch im Zusammenhange stehen, ist unklar. Die leichtfertig in die Welt gesetzte Meldung ist deshalb so überaus bedauerlich, weil dadurch das Zusammenarbeiten der deutschen Regierung mit der zu erwartenden Entente-Kommission der baltischen Angelegenheit aufs äußerste erschwert werden kann. Zur Sache wird festgestellt: Die Tätigkeit des Majors Kaupisch ist vom Reichswehrminister durchaus anerkannt. Die bisherigen Erfolge lassen hoffen, daß es Major Kaupisch bald gelingt, jegliche Unterstützung der westrussischen Regierung durch gewissenlose Personen in Deutschland zu verhindern. Gerade das uneingeschränkte Vertrauen des Reichswehrministers zu Major Kaupisch hat ihn veranlaßt, den genannten Offizier vor einigen Tagen mit umfangreichen Vollmachten für den Kampf gegen die Baltikumstörer, und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch im übrigen Deutschland auszustatten.

Die Ernennung eines Stadtkommandanten von Berlin werde nur durch den Reichspräsidenten und nicht durch den General von Odenhausen erfolgen. Sollte tatsächlich ein Oberst zum Stadtkommandanten ernannt werden, so handelt es sich dabei lediglich um eine Statfrage, die mit der Politik und insbesondere mit der Baltikumfrage nicht das geringste zu tun hat. Wie trüg die Auffassung ist, daß Major Kaupisch in der Ausführung seines Dienstes behindert werden soll, geht daraus hervor, daß ihm ausdrücklich dieselbe Bewegungsfreiheit und dieselben Vollmachten zugesichert bleiben, auch wenn die Kommandantenstelle durch einen Obersten besetzt wird.

### Lichtschlemmer!

Und doch — böt den Armen ihr leuchten im düstern Kämmerlein? Vom leuchtet nicht Was und nicht Kerze, Licht funkelnder Glühbirnen Schein. Was Regel.

Es ist 5 Uhr nachmittags; ich bin im Norden Berlins; im Auftrage der Krankenkasse besuche ich die Kranken. Ackerstraße; dritter Hof, Aufgang D, drei Treppen links. Mühsam stolpere ich im engen Stiegenhaus empor, ohne Licht. Es muß gespart werden, und es ist ja noch nicht rauchensüß auf der Straße. Erst wenn die Straßenlampen brennen, wird hier Licht gemacht. Ich stehe vor der Tür und klopfte auf gut Glück; das Schild kann ich nicht lesen. „Wer ist da?“ ruft ein dünnes Stämmchen. „Wohnt hier Frau Schulze?“ frage ich zurück. „Frau Schulze? Ja! Wer ist denn da?“ „Der Krankenkontrollleur.“ „Dann hör' ich's rummeln in der Wohnung; ein Händchen zischt, und eine bleiche Frau steht vor mir, in der Hand ein Stämmchen Licht. „Ich bin Frau Schulze; bitte, kommen Sie herein!“ Sie klopf mir ihre Rot; „Ach, kein Petroleum gibt's, und jede Woche bekomme ich nur ein Licht von unserer Kommission bewilligt. Ist das nicht schrecklich? Dabei soll ich arbeiten; das bißchen Tag ist jetzt so schnell vorüber. Ach, Gott sei Dank, daß ich jetzt krank bin.“ „Ja, kommen Sie doch nochmals ein.“ erwidere ich. „Das müß ja nichts! Ich habe hier nur diese Stube und die Küche und bin mit meinem Kind allein. Da kriegt ich nicht mehr Beleuchtung.“ Ein Licht die ganze Woche! Kein Petroleum! Kein Gas! Ich kann das gar nicht glauben, und doch ist's wahr.

Ich bin einer Nebenstraße, die nunmehr schon im matten Schimmer der Laternen liegt. Die Laterne zeigt mir die Nummer 12. Durch Wetterzähnen finde ich die Nummer 17, dahin ich will. Im dunklen Hofe such' ich mich zurecht und stehe endlich vor der dunklen Tür im dritten Stock. „Wohnt hier Frau Lehmann?“ „Nein!“ Schwopps ist die Tür schon zu. Ich kloffe an die zweite Tür von links. „Wohnt hier Frau Lehmann?“ „Frau Lehmann? Nein! Soll die denn 16a wohnen?“ „Ist hier nicht Nummer 17?“ „Nein, das ist nebenan!“ Ich stoße die vier Treppen wieder abwärts und gehe in das Nebenhaus. Da finde ich Frau Lehmann denn im Welt, davor auf einem Stuhl steht eine Küchensampe; die Kranke hat geleidet. Im Raum ist eine Luft zum Ersticken, voll Mist und Dunst. „Ja“, sagt der Mann, „der ist der heutige Petroleum, der stinkt so, und er kost' drei Em bei Alta! Der bißchen, was er uff Rachen sibt, da kommt man doch bei Jott nich mit aus; da muß man eben noch hintenrum wat loosen!“

Ja, hintenherum; für schweres Geld! Das geht mir durch den Sinn den kurzen Weg bis zu der Straßenbahn. Mit Mühe habe ich den Stuhl inne. Es ist so leidlich hell im Wagen. Ich sah die Seitenarme in der Städtischen verwaist. Die Rot der Zeit ge-

bietet Sparbarkeit. Wie war's doch früher, als die Pferdebahn noch fuhr? Zwei Lampen nur, petroleumgefüllt, sie gaben trübes Licht. Und dennoch waren hellere, lichtere Zeiten! Doch weshalb brennen heute noch fünf Lampen an der Decke jedes Wagens? Wo bleibt die Sparbarkeit? Würden es zwei nicht auch schon tun? O, arme Seele, warum plagst du dich! Sieh dort das Kaffeehaus und drüben jenes helle Wirtschaft! Welche Lichterfülle! Die Decken voller Lampen, im Saale noch auf kurzen Säulen hant verhälttes Licht, und jeder Tisch hat seine Lampe extra. Ich schau hinein und zähle dort die Menschen: acht, zehn, ja zwölf; es ist noch früh am Abend; An wieviel Lichtpalästen noch führt mich der Weg vorbei! Ich denke an Frau Schulze, an Frau Lehmann, und als ich endlich dann zu Hause fige, da schimpfe selbst ich über schlechte Gasbeleuchtung und gehe zeitig schlafen. Ich träume dann vom Feenreich, wo alles eitel Lust und Wonne, von einem Glaspalast, der tausendfältig Licht mir gab.

Doch da erwachte ich — und Finsternis umgab mich! — Ja, finster ist das Leben, die Helle ist nur Traum! — Träumt nur, ihr Schlemmer des Lichts! A. G.

Selmar Meyrowitz hat heute schon sein großes Berliner Publikum, und hat es als beherrschender, temperamentgeladener Redner des Publikums mit dem gleichen Recht wie als aufstrebender, dem Neuen nachstrebender Künstler. Ein eigenes, ein großes Talent, auch in der regalen Gestaltung der Programme. Der erste Abend (Montag) brachte die Fantasie des Jung-Musikanten Strawinsky, die mit Recht „Feuerwerk“ betitelt ist. Ein ungemein interessantes Kolorit, aufziehende Themen, malerische Bewegungen der Instrumente, außerordentlich lecke, aber melodisch gute Klavierfiguren, alles blitzschnell eingeleitet in eine geniale Formlosigkeit und schon ist das Feuerwerk abgebrannt. Darauf das Werk eines jungen Berliner, Max Drapp, der gewiß eine Zukunft hat. Vor kurzem brachte Strauß seine Sinfonia gioiosa, die kaum eine Sinfonie und sicher keine letztere war. Hier in dem „Nocturno“ op. 18 ein fein empfundenen, still erregendes, romantisches Stimmungsbild apart in der leisen und durchdringenden Instrumentation, harmonisch harmlos und ein wenig zu lang geraten. Ein verlockender Einfall, der klug und leuchtet; Harfe, Streicher, Klavier, einiame Holzbläser; aus aller Mischung klingt Melodie und Freude am Singen. Wagnerische Eiedesfeinheit und seltsames Verklängen dramatischer Aufwallungen. Ein Blick auf dem jungen Künstler! Die solistische Attraktion des Abends: Sadio wter. In Straußschen Liedern, vielleicht überhaupt auf dem Podium ist er nicht zu Haus. Er müßt sich, volatilisiert schlecht, singt mit Krampf. Erst das dritte Lied löst ihm die geschmeidigere Junge; aber auch so findet er viel Weisheit. Zum Schluß das wunderbare Arioso Straußscher Gedanken- und Melodienprägung: „Ein Heidenleben.“ K. S.

Untersuchungen über den Ursprung der Menschheit. Bemerkenswerte Untersuchungen, die von zwei Ärzten während des Krieges bei dem Entenischer in Kazedonien ausgeführt wurden, werden in der englischen medizinischen Fachzeitschrift „Lancet“ veröffentlicht.

Die beiden Ärzte benutzten die Gelegenheit, daß Vertreter so vieler verschiedener Rassen der Welt hier versammelt waren, dazu, um bestimmte Blutuntersuchungen vorzunehmen, durch die der Grad der Verwandtschaft zwischen den verschiedenen Völkern festgestellt werden sollte. Diese Blutuntersuchungen beruhen auf der Tatsache, daß die Blutkörperchen eines Individuums zerstört oder „agglutiniert“ werden durch das Blut einer anderen Persönlichkeit, ausgenommen in Fällen einer gewissen Blutverwandtschaft. Es wurde festgestellt, daß zwei Eigenschaften, die mit A und B bezeichnet wurden, in wechselnder Stärke in dem Blut der verschiedenen Rassen vorhanden waren, und nach der größeren oder geringeren Stärke wurde nun eine Klassifizierung der verschiedenen Völker vorgenommen. Es ergab sich dabei eine Liste, die von den Völkern Nordwest-Europas über die des südlichen Teils des Kontinents bis zu den Massen von Asien und Afrika führt. Engländer und Franzosen erscheinen an dem einen Ende der Liste mit einem „Vorwogen der Eigenschaft A“, während am anderen Ende der Liste die Anamiten und Indier stehen mit einem „Vorwiegen der Eigenschaft B“. Wenn die Verfolger der Arbeit aus diesem Ergebnis ihrer Untersuchungen auf einen doppelten Ursprung der Menschheit schließen wollen, so warnt der „Lancet“ vor vorschnellen Schlüssen aus diesem Beobachtungen, die erst noch näher erforscht und weiter geprüft werden müssen.

Die Schutzimpfung in Russland. In einem Bericht der Sowjetregierung über ihre hygienischen Maßnahmen wird mitgeteilt, daß seit dem 10. April die allgemein verbindliche Schutzpockenimpfung in Russland eingeführt ist. Aus dem Bericht geht weiter hervor, daß eine großartige staatliche Organisation des gesamten Gesundheitswesens eingeführt ist. Der Cholera erlagen 1918 nur 85 000 Personen gegenüber 200 000 im Jahre 1908. Der Kampf gegen die Grippe wurde mit gutem Erfolge geführt. Der Flecktyphus ist zurzeit erloschen, nachdem es Prof. Karitsnowsky gelungen ist, seinen Erreger zu entdecken.

Die Morgenfeiern des Schauspielhauses. Unter dem „Waldern aus deutschen Hellsaltem“ werden an den Wintern (wollte der bereits eingeübte Rhythmus „Morgenfeiern“ vorzuziehen ist) auch unbekannt weruliebe Werke lebender Autoren und Vorträge aus fremden Literaturen geboten werden.

In Schillers Geburtstag am 10. November feiert Friedrich Noack abends 7 1/2 Uhr in der Reichlichen Hochschule, Palaststr. 39, das des Dichters philosophischen Gedächtnis sowie die Erzählung „Der Verdreher aus verlorener Stre.“

Aus der Bühnenwelt. Rudolf Zettinger ist aus der Volksbühne ausgeschieden.

Die sozialistische Künstlergenossenschaft setzt ihre Hilfsleistung zugunsten der Metallarbeiter fort. Im freiburger Verkauf von Kunstwerken findet Ausfälligkeit 141. Donnerstag, Freitag, Sonnabend von 2-5 und Sonntag von 11-2 statt.

Wagner-Konzert in der Garnisonkirche. Das anfangs Oktobe und danach von Kapellmeister Carl Siegel mit dem Bläser-Orchester und hervorragenden Gesangs- und Instrumentalkräften in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Halle veranstaltete Konzert, wird am Sonnabend, 8. November, abends 8 1/2 Uhr, in der alten Garnisonkirche seine vielseitig gewählte Wiederholung finden. Unter anderem werden Bruchstücke aus „Lohengrin“, „Aengst“ und „Parsifal“ aufgeführt.

# Bethmann Hollwegs Schuld am U-Boot-Krieg.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Prof. Dietrich Schäfer: An die Möglichkeit eines gewaltigen Endes des Professor Münsterberg habe ich bis zu diesem Augenblick gar nicht gedacht. Aber ich entsinne mich jetzt der Stelle aus dem Bericht eines englischen Agenten über Münsterberg, an der es heißt, man müsse

### der göttlichen Vorsehung

auch etwas überlassen.

Abg. Dr. Singheimer: Zimmermann hat davon gesprochen, daß die Wilsonnote unter englischem Einfluß und mit englischem Einverständnis erlassen worden ist. Stehen Sie auch auf diesem Standpunkt?

Graf Bernstorff: Nein. Aber es ist immerhin möglich, daß vorher bei England Erkundigungen eingezogen worden sind. Das halte ich für möglich. Ich hatte aber den Eindruck, daß die Friedensnote Wilsons England außerordentlich unangenehm war.

Abg. Dr. Singheimer: Im Mai 1916 hat im Reichsamt des Innern mit Pressevertretern in Anwesenheit von Bernhard, Theodor Wolff und Maximilian Harden

### eine Besprechung über die „Sussex“-Note

stattgefunden, und von Teilnehmern dieser Konferenz wird berichtet, daß Staatssekretär Zimmermann auf ihr eine sehr scharfe Äußerung über Wilson gemacht hat. Sie soll gelautet haben: „Neben die Unverschämtheit und Frechheit Wilsons ist kein Wort zu verlieren. Aber wir haben ihm die Maske vom Gesicht gerissen.“

Zimmermann: Das ist mir nicht erinnerlich. Ich glaube nicht, daß ich in Anwesenheit so vieler Herren von der Presse eine solche Äußerung gemacht habe.

Abg. Dr. Singheimer: Dann müssen wir Harden und Theodor Wolff als Zeugen vernehmen.

Vors. Abg. Warmuth: Wir können nun zu den Gründen für den Nichtempfang des Grafen Bernstorff nach seiner Rückkehr aus Amerika durch den Kaiser.

v. Bethmann Hollweg: Das ist ein Thema, das gegenüber den bisherigen hochpolitischen Feststellungen mehr epischen Charakter trägt.

Vors. Abg. Warmuth: Doch nicht ganz.

v. Bethmann Hollweg: Die Rückkehr des Grafen Bernstorff wurde dem Kaiser sofort gemeldet, und der Vertreter des auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier beauftragt, wegen des persönlichen Empfanges des Vorkämpfers durch den Kaiser das erforderliche zu veranlassen. Außerdem habe ich dem Kaiser eingehend Vortrag über das gehalten, was Graf Bernstorff mir berichtet hatte.

### Der Kaiser war also vollständig unterrichtet.

Vorschläge über unser weiteres Verhalten gegenüber Amerika hatte mir Graf Bernstorff nicht gemacht und auch nicht zu machen. Infolgedessen lag auch keine politische Veranlassung vor, auf sofortigen Empfang zu drängen. Es infolge anderer Umstände oder aus welchen Ursachen sonst der Empfang sich verzögert hat, darüber vermag ich abschließende Auskunft nicht zu geben. Jedenfalls stehe ich auch heute noch unter dem Eindruck, daß die Verweigerung des Empfanges auf den politischen Gang der Dinge keine Wirkung gehabt hat.

Abg. Dr. Cohn: Welchen Eindruck hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendetwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Vors. Abg. Warmuth: Wir kommen nunmehr zu der

### wichtigen Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges

und zu den Gründen, welche für die Reichsleitung dafür maßgebend waren. Ich halte dem Zeugen von Bethmann Hollweg die Denkschrift vom 20. Februar 1916 vor, in der er alle wesentlichen Gründe gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg anführt. Zu ihr kommt die Verschwiegenheit der Auffassung mit der Marine, namentlich mit Admiral von Holtenhoff und dem Staatssekretär von Tirpitz zum Ausdruck. In der Denkschrift wird dann auf die gefährliche, in neutralen Häfen liegende deutsche Handelsflotte hingewiesen. Es wird angegeben, daß England durch den U-Boot-Krieg in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würde, aber bestritten, daß diese Schwierigkeiten eine gefährliche Wirkung haben könnten. Bei besseren Dispositionen über die verfügbare Welttonnage, bei einer Einfuhrbeschränkung, bei der Aufgabe des Saloniki-Unternehmens usw. würde eine gänzliche Abseverung Englands, zumal bei der beschränkten Zahl der deutschen U-Boote und ihrem Aktionsradius, nicht möglich sein. Das Reu, das man um England liehe, werde großmächtig bleiben. Man müsse ferner in Rücksicht ziehen, daß für die Ernährung Englands täglich vier Schiffe mittlerer Größe genügen, so daß

### an eine Hungernot nicht zu denken

wäre. Jedenfalls werde der U-Boot-Krieg es England bis zum Herbst nicht unmöglich machen, den Krieg fortzusetzen, zumal, wenn England alles opfere. Es bestie aber die Gefahr, daß Amerika auf die Seite der Feinde trete. Das bedeute eine starke moralische Unterstützung der Feinde und eine Stärkung ihrer Siegesüberzahl. Ferner verweist die Denkschrift auf die Möglichkeit einer erhöhten Spannung mit den Bundesgenossen und auf die erhöhten Materiallieferungen, die Amerika nach dem Eintritt in den Krieg der Entente zur Verfügung stellen würde. Alle diese Bedenken ließen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg als eine Maßnahme erscheinen, vor der dringend gewarnt werden mußte. Weiter haben Sie (zu Bethmann Hollweg) in Charlotten

### eine Unterredung mit dem Kaiser

gehabt und dabei diese Denkschrift vorgetragen. Sie haben Ihre Bedenken gegen den U-Boot-Krieg nochmals vorgetragen im Gegegensatz zu General von Falkenhayn, der dabei war. Der Kaiser erwiderte damals, daß die Zahl unserer U-Boot-Streitkräfte nicht geringe, um England niederzuzwingen. Er verwies auch auf die Möglichkeit eines Bruches mit Amerika und auf den nach Erklärung des U-Boot-Krieges sicher gestärkten Willen Englands, auch das letzte Hemd herzugeben. Wir würden also bei Fortsetzung des Krieges nichts gewinnen. Weiter hat am 31. August 1916 im Schloß zu Pless wiederum unter Vorsitz des Kaisers eine Besprechung stattgefunden, an der alle maßgebenden Zivil-, Militär- und Marineoberherren teilgenommen haben. Auch aus diesem Protokoll geht

### die Verantwortlichkeit der Auffassung

zwischen den Zivilbehörden und den Militär- und Marinestellen hervor. Sie brachten zum Ausdruck, daß sie in Aussicht genommen hätten, den Reichstag einzuberufen, daß die Parteien selbst Bedenken dagegen gehabt hätten, daß sie aber nicht umhin gekommen hätten, wenigstens die Führer der Partei zu sich zu berufen. Dabei wurde zweifellos die Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges angeschnitten. Sie erklärten, daß sie dabei sagen würden, die Frage sei von allen berufenen Instanzen eingehend

geprüft, daß man aber im Hinblick auf die Kriegslage dazu gekommen wäre, die Entscheidung zu verlagern, nachdem auch Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärt habe, daß er zunächst die Entwicklung des römantischen Feldzuges abwarten müsse, bevor endgültig zu der Frage Stellung genommen würde. Weiter ist von Wichtigkeit eine Urkunde vom 23. Dezember 1916 an den Generalfeldmarschall von Hindenburg über den U-Boot-Krieg. In dieser Urkunde bringen Sie zum Ausdruck, daß Sie die alleinige und nicht übertragbare Verantwortungsmäßige Verantwortung zu tragen hätten bei der Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, weil diese Frage unmittelbar in

### unser Verhältnis zu den Neutralen

eingreift und deshalb ein Akt der auswärtigen Politik ist. Sie sagen in diesem Brief am Schluß, daß die Frage des rücksichtslosen U-Boot-Krieges bejahend nur beantwortet werden könnte, wenn unsere militärische Lage mit Sicherheit darauf schließen lasse, daß die europäischen Neutralen in den Krieg gegen uns nicht eingreifen würden. Sie ersuchten aber, sowohl an der holländischen, wie an der dänischen Grenze Truppen zu versammeln, und es heißt am Schluß, daß bei der Entscheidung über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg abgewogen werden müßte, ob seine Vorteile größer seien als die Nachteile, die uns durch einen Bruch mit Amerika zugefügt würden. Hier tritt also zum ersten Mal in aller Schärfe der Satz hervor, daß die Vorteile des rücksichtslosen U-Boot-Krieges größer sein könnten als seine Nachteile. Für den Ausschuh ist es nun von größter Wichtigkeit festzustellen, welche Gründe maßgebend gewesen sind für die vorerwähnte Stellungnahme zum U-Boot-Krieg, den Sie als verhängnisvoll bezeichnet haben. Weshalb traten Ihre ursprünglichen Bedenken zurück gegenüber den Instanzen, die für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg eintraten, nämlich im wesentlichen die Oberste Seeresleitung, die Oberste Marineleitung, die Reichstagsmehrheit und die Mehrheit des Reiches?

v. Bethmann Hollweg: Die sehr umfangreichen Akten über den U-Boot-Krieg liegen dem Ausschuh vollkommen vor. Ich kann nur annehmen, daß aus diesen Akten der Ausschuh

### eine klare Vorstellung

von meiner Stellung zum U-Boot-Krieg in seinen verschiedenen Phasen gewonnen hat. Ich kann meine Aufgabe nicht darin erkennen, nun meinerseits etwa aus meinem Gedächtnis diese sehr komplizierte Materie hier zu rekonstruieren, die ebenmäßig dem Ausschuh bereits bekannt ist. Ich kann meine Aufgabe nur darin aufassen, daß ich die allernäherliegende Kenntnis des Ausschuhes in denjenigen Fragen durch Auslagen ergänze, wo der Ausschuh glaubt, eine Klärung bezüglich meiner Haltung zu finden. Der Ausschuh wird den Eindruck gehabt haben, daß die Frage des U-Boot-Krieges in den verschiedenen Phasen außerordentlich kompliziert war. Nun wird eine Auskunft über meine Haltung im Winter 1916/17 verlangt. Herr v. Bethmann Hollweg verweist auf seine Aussage vom vorigen Freitag und verliest sie nochmals. Er erklärt dann weiter, die Antwort der Entente war

### eine apokalyptische Absage der Verhandlungsbereitschaft.

Auch die nach dem 9. Januar abgegebene Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons hat in mir nicht die Ueberzeugung hervorgerufen können, daß ich am 9. Januar U-Boot-Krieg gehabt hätte, wenn ich bei meiner Haltung davon ausging, daß ich eine Verhandlungsbereitschaft der Entente in absehbarer Zeit nicht vorführen könnte. Abgesehen von einem Kommen des Friedens über Amerika konnte ich auch sonst Ausläuten nicht eröffnen. Ich habe den durchaus unsicheren Termin einer nach der Lage der russischen Verhältnisse vielleicht dochseheinsten Revolution in Rußland angefaßt. Ich möchte nicht, was ich meinen Ausführungen vom Freitag noch hinzufügen sollte. Ich habe ein Wort gebraucht, daß ich den Beschluß für einen verhängnisvollen gehalten hätte. Es hing ein ungeheures Verhängnis über diesem Beschluß, das mußte jedem Menschen klar sein.

### Denn wenn der U-Boot-Krieg nicht glückte, so mußte er das Verhängnis Deutschlands sein.

Aber, ich wiederhole: Der U-Boot-Krieg blieb ein Experiment. Die Akten darüber sind noch nicht abgeschlossen, wie weit die Wirkungen des U-Boot-Krieges tatsächlich gereicht haben. Wir werden das erst später aus den Akten der Entente hören. Ich habe den Eindruck, daß die Wirkungen weitreichender gewesen sind. (Wegenung.) Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß im März/Juni die Besorgnisse in England vor den Wirkungen des U-Boot-Krieges außerordentlich stark gewesen sind. Diese Besorgnisse ist nach dem Eindruck, den ich um die Wende des Juni/Juli gehabt habe, so stark gewesen, daß ich glatte Verhandlungsmöglichkeiten in Worten damals im Wege, sich anzubahnen. Wenn ich diese Bedauernung aufstelle, so möchte ich daran erinnern, daß um jene Zeit Lloyd George in Paris besorgte Rücksprache gehalten hat. Ich glaube, man hat sich in manchen Kreisen Deutschlands die Wirkung des U-Boot-Krieges optimistisch dargestellt, als es an sich die politischen Realitäten erlaubt haben. So England, daß der U-Boot-Krieg ihm wirklich an die Nieren ging, so hätte es nicht den völligen Zusammenbruch abgewartet, sondern es hätte die Gelegenheit gegeben, schon vorher, notwendig nicht unter Erklärung der Kapitulationsbedürftigkeit, Verhandlungen anzuknüpfen.

Dieser Moment ist begreifbar, diese Wirkung des U-Boot-Krieges ist ersetzbar worden.

Der Beschluß ist trotzdem verhängnisvoll geblieben, weil diese Möglichkeiten nicht in einem Ziele erfüllt wurden, wie auch spätere Möglichkeiten nicht. Er hat uns schließlich vor das Ergebnis gestellt, daß Amerika eine Armee von Truppen nach Europa geschickt hat und wir eine erdrückende Uebermacht gegenüberstanden, welche beim gleichzeitigen Zusammenbruch unserer Bundesgenossen die militärische Lage so gestärkt hat, wie sie im Herbst 1918 war.

Also zusammenfassend: Ich wüßte nicht, durch welche Feststellung ich die Verantwortung, in die der 9. Januar nicht nur die politische Meinung, sondern auch die militärische gestellt hat, ergäßen sollte. Es lag damals die Ueberzeugung der militärischen Stellen vor:

Ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg können wir den Krieg nicht zu einem guten Ende führen!

Und für mich lag die Ueberzeugung vor: Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich den Krieg in anderer Weise beenden werde. (Mit erhobener Stimme.) Da mußte eine Entscheidung gefällt werden. Gegenüber der Haltung der Mehrheit des Parlamentes, gegenüber einer vom christlichen Glauben getragenen Ueberzeugung der weitaus größten Volksschichten, daß die Unterlassung des U-Boot-Krieges bedeuten würde, die Zukunft der Nation dem Kleinsten zu überlassen, in dieser Lage — und ich bin noch heute der Ansicht, daß ich richtig gehandelt habe — habe ich gesagt: „Euer Wohlwollen, ich kann Ihnen nicht raten, sich in Widerspruch mit dem Votum Ihrer militärischen Ratgeber zu setzen!“ — Ein Geben meiner Person würde an der Sache nichts ändern haben.

Vorsitzender Warmuth: Die Ansicht Euer Exzellenz über die Bewertung der Antwortnote auf unser Friedensangebot wurde nicht

durcheinander geteilt. J. A. Kaiser Karl und Graf Egerlin haben auf dem Standpunkt gehalten, die Antwort der Entente sei in einem imperativen Ton gehalten, sie schließe aber die Fortsetzung der Verhandlungen nicht aus. In Amerika war man der Ansicht, daß es sich um einen Bluff handle. Ihre persönliche Auffassung war aber, daß es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei, sich mit der Entente an einen Tisch zu setzen, es bliebe nur die ultima ratio des rücksichtslosen U-Boot-Krieges.

v. Bethmann Hollweg: Es war meine Ansicht, daß die Friedensfür zugeschlagen worden sei, und diese Ansicht wurde von beiden Schichten des deutschen Volkes bis weit in die Sozialdemokratie hinein geteilt.

Dr. Singheimer: Hatte die große Masse des Volkes und die sozialdemokratische Partei Kenntnis davon, daß zu derselben Zeit Wilson sich bereit erklärt hatte, die Friedenskonferenz zustande zu bringen, und daß er bereits zweimal gebeten habe, ihm die Friedensbedingungen wenigstens vertraulich mitzuteilen?

Bethmann Hollweg: In seiner Gesamtheit hätte das Volk natürlich keine Kenntnis von unseren Aktionen in Washington. Es wäre auch die größte politische Unklugheit von mir gewesen, denn bei der Animosität gegen Amerika wären diese Aufklärungen Gegenstand der Verachtung und des Hasses geworden. (???) Gewiß hat Graf Bernstorff uns mitgeteilt, wir müßten Wilson unsere Bedingungen vertraulich mitteilen. Ich habe Wilson mitteilen lassen, daß unsere Bedingungen maßvoll sind, und wir haben ausdrücklich gesagt, wir denken nicht daran, Belgien anzuheilen zu wollen. Die erste entscheidende Bekundung von Wilson, daß er nun an die Friedensarbeit gehen wolle, ist uns erst durch eine Depesche Bernstorffs am 28. Januar mitgeteilt worden. Da war es aber zu spät; wäre es früher geschehen, dann hätte vielleicht

### nach etwas gemacht werden können.

Dr. Singheimer verliest sodann auf Wunsch des Herrn v. Bethmann den Wortlaut des Depeschenwechsels über die Vorlegung der Friedensbedingungen an Wilson und fragt, ob nicht auf Grund dieser Mitteilungen es möglich gewesen wäre, noch den Versuch zu machen, auf anderem Wege als mit Hilfe des U-Boot-Krieges zum Frieden zu gelangen.

Bethmann Hollweg: Ich hätte die Ueberzeugung, daß Wilson Frieden machen wolle. Für mich ist aber entscheidend die Kollektivnote der Entente vom 13. Februar gewesen. Die Kongressrede Wilsons vom 17. Januar konnte ich nicht als einen Schritt zu einem von uns abgefaßten Frieden ansehen.

Dr. Singheimer: Die Frage ist noch nicht beantwortet worden, ob die Oberste Seeresleitung von den Mitteilungen des Grafen Bernstorff Kenntnis gehabt hat.

Bethmann Hollweg: Mein Gedächtnis reicht nicht aus, um alles sagen zu können, was in den dem Untersuchungs-ausschuh im übrigen vorliegenden Akten enthalten ist.

Dr. Singheimer: Die Oberste Seeresleitung behauptet dies.

Bethmann Hollweg: Ueber die Behauptungen der Obersten Seeresleitung kann ich keine Aussagen machen. Jedes Wort der Kollektivnote hätte mich in meinem Innern tief getroffen, hätte ich am 9. Januar eine andere Stellung eingenommen als ich sie eingenommen habe.

Dr. Singheimer: Dann waren Sie also für den U-Boot-Krieg?

Bethmann Hollweg: Bitte nicht zu zwingen, nun nochmals hier sprechen zu müssen über Dinge, über die ich bereits formulierte Antworten gegeben habe, die zur Konstruktion eines Widerpruchs benutzt werden können. (Sehatter Beifall.)

Vorsitzender Warmuth: Bitte alle Äußerungen der Zustimmung oder des Widerspruches zu unterlassen.

Bethmann Hollweg: Wenn ich nach meinem besten Wissen und Gewissen die Situation skizziert habe, so habe ich es natürlich nur in großen Zügen tun können. Es kann von mir kaum erwartet werden, daß ich darüber hinausgehe. Ich wäre wirklich außerordentlich dankbar, wenn hier nicht Fragen wiederholt würden, die ich bereits ausführlich darzulegen versucht habe. Ob die Oberste Seeresleitung von den Bernstorffschen Depeschen Kenntnis erhalten hat, muß aus den Akten hervorgehen.

### Heute, nach drei Jahren, bin ich mirkllos nicht imstande, unter Eid eine bestimmte Aussage zu machen.

Ich weiß, daß von der Obersten Seeresleitung die Ansicht vertreten worden ist, sie sei über die Friedensaktion in Washington nicht genau informiert worden. Andererseits liegt eine Depesche des Generals Ludendorff vor, die beweist, daß er Kenntnis von diesen Dingen gehabt hat. Dem Ausschuh gegenüber bin ich selbstverständlich

zu jeder Auskunft bereit, zu der mich mein Gedächtnis befähigt. Mir liegt nichts weiter am Herzen, als den Ausschuh darin zu unterstützen, die Verhältnisse aufzuklären und zur Wahrheit zu kommen.

Dr. Singheimer: Dem Untersuchungsausschuh liegt nicht daran, Sie in Widersprüche zu verwickeln. Ich gebe zu, daß Sie die erforderliche Antwort gegeben haben. Nun hat am 8. oder 9. Januar Staatssekretär Helfferich Ihnen telegraphisch, daß die Erfüllung des U-Boot-Krieges am 1. Februar schädlich sei, wirtschaftlich würde England nicht bedrängt, da durch die Brotrationierung in Amerika England auch bei einer großen Zahl von Verleserungen genügend Getreide geliefert werden könne. Haben Sie auf dieses Telegramm in Ihrem allerbaldigen Vortrag beim Kaiser Bezug genommen?

Bethmann Hollweg: Ich habe dieses Telegramm nicht unmittelbar verwertet, weil der Vortrag beim Kaiser bereits am 9. Januar abends stattgefunden hat. Der Obersten Seeresleitung lag die bestimmte Ansicht der Marine vor, daß der U-Boot-Krieg am 1. Februar beginnen müsse. Der Einwand Helfferichs entbehrte der durchschlagenden Kraft. Mit Ansichten konnten wir nicht spekulieren, denn den wirtschaftlichen Ansichten konnten jederzeit die Ansichten von Heer und Marine entgegengesetzt werden. (???)

Singheimer: Staatssekretär Helfferich galt doch als eine Autorität auf wirtschaftlichem Gebiete, lag es nicht nahe, daraufhin weitere Autoritäten zu befragen, um seine Berechnungen nachzuprüfen?

Bethmann-Hollweg: Ich bitte die Herren zu erwägen, vor welcher Entscheidung ich stand, wenn die Oberste Seeresleitung sagte, sie sei der innersten Ueberzeugung, daß der Krieg ohne rücksichtslosen U-Boot-Krieg verloren gehe, und wenn der Reichslanzler dem nicht entgegenhalten kann, er habe eine Möglichkeit, den Krieg anders als auf den Kriegsschauplätzen zu beenden. Da lag eine gewaltige Zwangslage vor, der gegenüber Einwände mit statistischen und volkswirtschaftlichen Berechnungen nicht durchschlagend sein konnten. Die großen politischen Fragen, die sich bei Entscheidung ständen, überwachten und überhöhten diese an sich bedeutungsvollen Ansichten, in diesem Moment mußten sie vollkommen zurücktreten.

Minister David: Herr v. Bethmann hat sich also in einer Zwangslage befunden gegenüber der Machtstellung der Obersten Seeresleitung und der Marine. Er war der Ueberzeugung, daß der U-Boot-Krieg uns die Neutralität Amerikas koste, und daß wir zum Kriege mit Amerika kommen müßten, hätte er nun nicht sich

im Parlament eine Mehrheit schaffen können, wenn er seine Meinung vollkommen offen ausgesprochen hätte? Zum mindesten hätte er die Parteiführer über die Situation informieren müssen. Ich bin der Überzeugung, wenn das Parlament damals gewußt hätte, daß keine Hoffnung vorhanden sei, die amerikanische Neutralität aufrechtzuerhalten, daß die Parlamentsmehrheit fest auf dem Standpunkt gestanden hätte, kein Babanquepiel eingehen zu lassen. Die Sozialdemokratie hat den U-Boot-Krieg nach wie vor abgelehnt. Könnte er nicht verhindert werden, dann müßte er wenigstens hinauszögert werden.

**Bethmann Hollweg:** Auch die Oberste Heeresleitung war in einer Zwangslage. Man zu der Frage, warum ich das Parlament über die Gefahr des Kriegseintritts Amerikas nicht unterrichtet habe. Es konnte damals gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der U-Bootkrieg Amerika zum Eintritt in den Krieg veranlassen würde. Jeder Politiker mußte wissen, daß Amerika früher oder später in den Krieg einmarschieren würde.

**Minister David:** Es ist nicht richtig, daß jeder Politiker damals gewußt hat, Amerika würde in den Krieg einmarschieren. Ich denke auf die Verhandlungen im Hauptauschuss, die wir am 28. Januar 1917 in diesem Saale geführt haben und die niemand vermissen wird, der daran teilgenommen hat. Da war hinsichtlich Amerikas die Sache noch nicht entschieden. Gerade die Hoffnung, daß Amerika aus dem Spiel bleiben könnte, hat zur Nachgiebigkeit des Parlamentes mit beigetragen. Diese Ansicht wurde bestätigt durch die Ausführungen des Staatssekretärs Zimmermann, der uns die eigene Schicksale, die sich zwischen ihm und Gerard bei Heberzeugung der U-Boot-Rote abspielte, hat. Da sollte Gerard die Sache gar nicht tragisch aufgefaßt und auf die Frage, wie Wilson sich wohl dazu verhalten werde, gesagt haben: All right! Die Unterredung sei dann ohne besondere Erregung zu Ende gegangen. Wir haben sofort gewarnt, sich so hürschlos über die Sache hinwegzusetzen. Auch der Reichstagsrat hatte Hoffnung, daß Amerika aus dem Spiel bleiben werde. Auf meine Partei hat das ja allerdings nicht gewirkt. Schon die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika gegen uns auftreten würde, veranlaßte uns, von dem U-Boot-Krieg abzuraten. Es gab also Rettungswege, wenn man das Parlament über den furchtbaren Ernst der Lage reslos aufgeklärt hätte.

**Zimmermann:** Ich fragte Gerard, wie wohl die Aufnahme der Note in Washington sein würde. Er antwortete, er wisse nicht, was in Washington vorgeht. Ich hat ihn darauf, seinen ganzen Einfluß einzusetzen, um eine gute Lösung für uns herbeizuführen. Da antwortete er: „Selbstverständlich will ich mein Bestes tun.“ In diesem Sinne habe ich auch im Hauptauschuss gesprochen. Ich habe aber immer gesagt, daß dies die Worte Gerards seien, nicht etwa die Auffassung in Washington. Wenn ich in dieser Sitzung meinen Ausführungen eine vielleicht zu optimistische Färbung gegeben habe, so konnte das an den Tatsachen nichts ändern und

**entstehung tatsächlichen Erwägungen (1).**

**Bethmann Hollweg:** Das kann ich nur bestätigen; der Beschluß für den U-Boot-Krieg war nicht mehr zu ändern. Von einem Babanque-Spiel möchte ich nicht sprechen. Ein Babanque-Spiel war der Beschluß vom 9. Januar nicht, denn der rücksichtslose U-Boot-Krieg hat für und doch gewisse Wirkungen gehabt.

**Gothein:** Nachdem der unbeschränkte U-Boot-Krieg erklärt war und der Reichstag nichts daran ändern konnte, trat wohl bei einzelnen Parteien der Gedanke hervor, daß man sich hinter die Regierung und die Oberste Heeresleitung stellen sollte. So war es wenigstens bei der fortschrittlichen Volkspartei. Inzwischen war aber die Wilsonsche Friedensaktion erfolgt und es bestand nun in weiten Kreisen die Auffassung, daß damit eine neue Lage geschaffen wäre.

**Singheim:** stellt fest, daß in einem Bericht die Ansicht ausgesprochen wird, daß die scharfe Ablehnung des U-Boot-Krieges, um Deutschland zum U-Boot-Krieg zu bekommen und damit das Eingreifen Amerikas zu erreichen.

**Gothein:** Im Hauptauschuss wurde erwähnt, daß man leicht in einen Krieg mit Amerika hineinkommen könnte und daß man dann nicht wisse, wie man hinauskommen solle. Später wurde dieser Standpunkt verlassen, und man stellte den Eintritt Amerikas in den Krieg als belanglos hin. Es wurde sogar gesagt, der Eintritt Amerikas sei militärisch gleich Null, Null, Null zu bewerten.

**Gohn:** Ist Ihnen bekannt, daß bereits im September oder Oktober 1914 von der Obersten Heeresleitung gegenüber der politischen Leitung erklärt wurde, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu beenden sei, daß politische Mittel ergriffen werden müßten? Es handelt sich um die Bilanz des Rückzugs von der Marne nach dem Zusammenbruch des Kriegsplans.

**Bethmann Hollweg:** Mir ist es, als ob General von Falkenhayn und auch später die Oberste Heeresleitung den Standpunkt vertreten hat, daß unsere Morte mithelfen müßte.

**Gohn:** Ich bitte um präzisere Auskunft, ob die Oberste Heeresleitung schon im September 1914 erklärt hat, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu Ende zu führen sei, besonders unter

dem Eindruck nach dem Zusammenbruch an der Marne. **Bethmann Hollweg:** Im Augenblick kann ich mich nicht entsinnen, daß im Herbst 1914 die Oberste Heeresleitung mit solchen Äußerungen an mich herorgetreten ist.

**Schilling:** Herr von Bethmann Hollweg hat von der Zwangslage gesprochen, in der er sich am 9. Januar befand. Es sei die Alternative gewesen, entweder den Krieg als verloren aufzugeben oder das Experiment des unbeschränkten U-Boot-Krieges zu machen. Ich kann mir nun denken, daß zwei Auffassungen bestanden: nämlich die eine, daß dieses Experiment, wenn es auch nur wenige Prozent Wahrscheinlichkeit in sich birgt, gemacht werden müsse, da die Ehre es erfordert, ehe wir den Krieg verloren geben. Und die andere Auffassung, daß angesichts der ungeheuren Not, die aus dem Mißlingen des Experimentes hervorgehen muß, es nur gemacht werden darf, wenn es nach menschlicher Berechnung mindestens 50 Proz. Wahrscheinlichkeit des Gelingens für sich hat. Darüber müßten alle Sachverständigen gehört werden. Hat Herr von Bethmann Hollweg mehr auf dem Ehrenstandpunkt gestanden oder auf dem technischen?

**Bethmann Hollweg:** Ich habe auf diesem Ehrenstandpunkt wohl nicht gestanden. Die Alternative konnte ich auch nicht so auffassen, daß, wenn der U-Boot-Krieg nicht beschlossen wurde, sofort eine Kapitulation erfolgen mußte. Unsere Zwangslage bestand darin, daß wir, da wir keine Aussicht auf Frieden hatten, irgend etwas machen mußten. Wir konnten nicht untätig in die Zukunft sehen und ein Kampfmittel unbenutzt lassen, das immerhin gewisse Aussichten auf Erfolg hat.

**Geise:** Was ist geschehen, um dieses äußerste Kampfmittel so langlich wie möglich zu machen? Dixps hat doch gerade negativ gewirkt, und erst nach seinem Abgang hat Bethmann Hollweg den ersten größeren U-Boot-Auftrag gegeben.

**Bethmann Hollweg:** Die Chancen des U-Boot-Krieges waren Anfang 1917 natürlich viel größer als Mitte 1916. Die Zahl der U-Boote war beträchtlich gestiegen.

**Dr. Singheim:** Der Admiralsstab hatte die Denkschrift wissenschaftlich zu beweisen gesucht, daß der unbeschränkte U-Boot-Krieg

**England in fünf Monaten zum Frieden zwingen**

würde. Diese Denkschriften sind zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen und haben für die Schaffung einer U-Boot-Hypothese die größte Rolle gespielt.

**Bethmann Hollweg:** Darüber kann ich im einzelnen nicht Auskunft geben.

**Dr. Singheim:** Sie haben in schärfster Weise gegen die Veröffentlichung dieser Denkschrift Stellung genommen.

**Vorsitzender Wurmuth:** In der Debatte an Wilson ist davon die Rede, daß es technisch unmöglich sei, die einmal ausgelassenen U-Boote zurückzurufen. Von wem stammen die Unterlagen für diese Angabe?

**Bethmann Hollweg:** Diese Mitteilung wurde vom Admiral v. Holzenhoff im Großen Hauptquartier gemacht.

Für den Schluß der Sitzung wird, da wiederum Angelegenheiten einer neutralen Wacht zur Verhandlung kommen, die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag vormittag 10 Uhr statt. Vernommen werden sollen Admiral Koch und Selfferich.

**Kriegerische Kommunisten.**

Die wegen syndikalistischer Tendenzen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Hamburger erlassen ein von Heinrich Lauffenberg und Fritz Wolffheim unterzeichnetes Manifest, das zum revolutionären Volkskrieg gegen die Entente auffordert. Wer etwa an die friedlichen Tendenzen der Kommunisten geglaubt hat, der wird jetzt gründlich eines anderen belehrt. Glühender und energischer, als hier von kommunistischer Seite der Revanchekrieg gegen die Entente gepredigt wird, haben dies auch die extremsten Alldeutschen nicht getan.

Bekanntlich hat schon Kadek auf dem Gründungsparteiabend der Berliner Kommunisten die deutschen Proletarier aufgefordert, Schulter an Schulter mit den russischen Bolschewisten die Revolution gegen die Entente am Rhein zu verteidigen. In dem deutschen Proletariat, das eben erst aus den Graueln des Weltkrieges heraus war, bestand aber keinerlei Neigung zu kriegerischen Abenteuern. Kadeks Aufforderung wurde von den meisten seiner Zuhörer garnicht ernst genommen, obwohl sie ernst gemeint war, sondern nur als schöne Rhetorik aufgefaßt.

Die Hamburger Kommunisten kommen nun mit aller Energie auf das Kadek'sche Projekt zurück. Noch schärfer, als es die Alldeutschen tun, werfen sie der Revolutionsregierung Landesverrat vor, weil sie den Frieden von Versailles abgeschlossen hat. Lauffenberg, wohl der eigentliche geistige Vater des Manifests, stellt fest, daß am 9. November jene Tendenzen siegen, die im wesentlichen das eine Ziel

verfolgten: Frieden um jeden Preis. Damit sei die Niederlage Deutschlands, die auf den Schlachtfeldern nicht vollzogen war, vollendet gewesen. Feige und erbärmlich habe die Regierung nicht den Versuch gemacht, die revolutionäre Volkskraft zum äußersten Widerstand gegen die Entente zu organisieren.

Die Tatsache, daß am 9. November die Forderung des Friedens um jeden Preis siegte, ist richtig. Nur zu Unrecht schiebt Lauffenberg die Schuld der Regierung zu. Tatsächlich wäre nach dem 9. November jede Regierung, die den Krieg fortgesetzt hätte, binnen 24 Stunden von den Volksmassen hinweggefegt worden, die ihrerseits durch den vierjährigen Krieg so zermürbt, ausgehungert und verelendet waren, daß sie außer dem Frieden kein ernsthaftes politisches Ziel kannten.

Außerdem vergißt Lauffenberg, daß der Organisator des revolutionären Verteidigungskrieges zunächst jubelnd begrüßt worden wäre von den — Alldeutschen, und schon dadurch im In- und Ausland heillos kompromittiert gewesen wäre. Nichtsdestoweniger nennt Lauffenberg die Politik, die nach Versailles führte, nackten Landesverrat. Er schreibt:

Landesverrat war die Propaganda für Völkerbund und Wilsonfrieden, Landesverrat war die Herausgabe deutscher Verleumdungsmittel und Industriemaschinen, Landesverrat, den Hunderttausende mit dem Leben bezahlten, war die Auslieferung landwirtschaftlicher Produktionsmittel usw. usw.

Man glaubt nicht einen Kommunisten, sondern den Grafen Reventlow zu hören. Was will nun Lauffenberg tun? Er will den Frieden von Versailles in Frage stellen und im Bunde mit Sowjetrußland den neuen Volkskrieg gegen die Entente beginnen. Dazu fordert er die schärfste und rücksichtsloseste Diktatur.

Errichtung der proletarischen Diktatur heißt Aufbau der Roten Armee. Aufbau der Roten Armee heißt Krieg gegen den Imperialismus der Entente; nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Herrschenden des Völkerbundes dies eher begriffen, als das deutsche Proletariat. Und der Krieg wider den Imperialismus der Entente, der im Gegeniaz zu dem von 1914 bis 1918 ein Krieg um die nackte Existenz ist, erfordert zu seiner glücklichen Durchführung eine noch schärfere Handhabung der Diktatur, als die militärische der ersten Kriegesjahre war.

Jeden Widerstand gegen die Kriegführung will Lauffenberg mit eherner Gewalt im Keime ersticken. Die Einberufungen zur Roten Armee sollen durch die Betriebs- und Ortsräte so vorgenommen werden, daß kein Diensttauglicher sich vom Militärdienst drücken kann. Gleichzeitig will Lauffenberg den Widerstand der Bourgeoisie mit rücksichtsloser Gewalt brechen, indem er namentlich in die lebendig von Wohlhabenden bewohnten Stadtteile Masseneinquartierungen von Proletariern legt. Wenn die Bourgeoisie aber müde geworden ist, dann winkt ihr zum Lohn für ihre Unterwerfung der Lauffenberg-Kommunistische Burgfrieden:

In einem Augenblick, in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland anzunehmen, ist gerade die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im Innern ausschlaggebend interessiert. Und unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Wucherergreitung rücksichtslos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrechterhaltung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert, wie im umgekehrten Verhältnis meiland Wilhelm II.

Der Burgfrieden als revolutionäres Kampfmittel, die Einziehung des letzten Wehrfähigen zum Massenmord als revolutionäres Kampfmittel, Diktatur und Belagerungszustand als revolutionäres Kampfmittel, — warum sind wir nicht gleich bei Wilhelm geblieben? Da hatten wir doch das alles.

**Vorträge, Vereine und Versammlungen.**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Wilmersdorf. Morgen 7 1/2 Uhr abends in der Aula des Bismarckgymnasiums, Wolsbuzger Straße: Außerordentliche Versammlung. Alle Hinterbliebenen und die aus der Gefangenenschaft heimgekehrten Kameraden sind willkommen. — Touristenverein „Die Naturfreunde“ (neurotische Gruppe). Heute abend 8 Uhr: Mitgliederversammlung Dömitz 2. — Deutscher Krankheitsbund. Morgen, abends 7 1/2 Uhr, im „Speise-Rest“, Köpenicker Platz 8: Vortragsabend von Herrn Prof. Dr. Risolat. Thema: „Soziale Justiz bei Tieren und Menschen“.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe und etwas neblig mit meist verbreiteten meist geringen, nur im Südwesten etwas stärkeren Niederschlägen, hauptsächlich Regen. Nach ostwärts fortschreitende Erwärmung.

**Der Treffenmantel.**

Ein entzückendes Muster dieses beliebten Kleidungsstückes von besonders eigenartiger Wirkung durch die seitlich angebrachte, sehr elegante Treffengarnierung. Ein schöner griffiger Diagonalfarbgrau und grünlischen Farbtonen ist zur Herstellung dieses Mantels verwendet, seine Verarbeitung ist elegant und der Sitz vorzüglich. Er kostet nur

**120.**

**C&A**

**Und doch können Sie sich von der Tatsache unserer viel bestaunten Leistungsfähigkeit leicht an jedem einzelnen Stück unserer enormen Auswahl überzeugen.**

**Rönigstr. 33 Chausseest. 113**  
Am Bahnhof Alexandervl. Beim Ostflur Bahnhof

# MARIANNEN-LICHTSPIELE

Wrangelstraße 11 :: Am Mariannenplatz

## Eröffnung heute Donnerstag, den 6. November 1919

mit der Uraufführung

# „DIE TOCHTER DES BAJAZZO“

Drama in 4 Akten.

Mit Rita Clermont.

Großes Orchester

**Opernhaus.**  
Tiefeland.  
Anfang 7 Uhr.

**Schauspielhaus.**  
Maria Stuart.  
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
7 1/2 U.: Kaufmann von Venedig.  
Freitag zum 1. Male, 7 Uhr:  
Kankos Traum.

**Kammerspiele.**  
7 1/2 U.: Die Büchse der Pandora  
Freitag 7 1/2 U.: Gespensteronate.

**Theater i. d.**  
**Königgrätzerstraße**  
1 1/2 Uhr: Schloß Wetterstein  
Freitag: Kameraden.  
(Maria Orska, Alfr. Abel, Ernst  
Dernburg, Frieda Richard,  
Grete Diercks, Heinz Stieua,  
Kurt Katsch.)  
Sonntag Schloß Wetterstein  
Sonntag nachm.: Erdgeist  
(Lulu: Maria Orska.)  
Abends: Ein Trauerspiel  
Mont.: Schloß Wetterstein

**Komödienhaus**  
Liselott v. d. Pfalz  
**Berliner Theater**  
7.10 U.: Bummel-  
Studenten.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Eugen Onegin.  
**Die Tribüne**  
7 1/2 Uhr: „Die Wandlung.“  
**Eden-Theater**  
7 1/2 U.: „U. A. W. u.“  
Stg. 3 U.: Prinzessin von Nil  
**Friedr.-Wilhelmst.Th.**  
7 1/2 Uhr: Gretchen.  
**Kleines Theater.**  
7 1/2 U.: Er kann nicht befehlen.  
**IKL Schauspielhaus.**  
7 1/2 Uhr: Helden.  
**Komische Oper**  
7 1/2 U.: Liebeszauber.  
Stg. 3 1/2 U.: Schwarzwaldmüdel  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 U.: Der Großstadt-Kavalier  
**Metropol-Theater.**  
7 Uhr: Sybill  
Sonntag 3 U.: Charleys Tante  
mit Thielacher.  
**Neues Operettenhaus.**  
7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.  
**Schiller-Theat. Charl.**  
7 1/2 Uhr: Der Meinelshauer.  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 U.: Jungfer Sonnenschein  
**Th. am Nollendorfplatz**  
7 1/2 Uhr: Margarethe (Oper).  
7 1/2 Uhr:

**Volksbühne Theater**  
a. Blüowstr.  
7 1/2 Uhr: Der Schwarzkünstler.

**Lessing-Theater**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
7 1/2 U.: Frl. Julie, D. grüne Kakadu  
(Tilla Durieux, Ila Gröning,  
Dagry Servas, Fritz De las,  
Hans Fischer, Eugen Köpfer,  
Emil Lind, Kooras Veidt).  
Freitag 7: Peer Gynt.  
Sonntag und Sonntag 7 1/2 U.:  
Frl. Julie, D. grüne Kakadu.

**Deutsches Künstler-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 U.: Cyprionne.  
(Leopoldine Konstantin, Kurt  
Götz, Erich Walter).

**Trilanon-Theater.**  
Bahnhof Friedrichstraße.  
Untergrundbahn Friedrichstr.  
Täglich 7 1/2 Uhr:

**Maskerade.**  
Von Ludwig Fulda.  
Regie: Alfred Ritter.  
Hans Arnsdöt, Eugen Burg,  
Käthe Dorsch, Paul Bildt,  
Joh. Falkenstein, Hugo Flink,  
Paula Levermann, Emmi Wyda.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
Aschenbrödel.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
Johannistener.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
Eine Frau wie Du.

## 3 Ausnahme-Tage

Nur bis zum Sonnabend verkaufe  
ich während des Umbaues im  
ersten Stock moderne schwarze  
Zylinder- und Samtformen  
zum Preise von  
Mark 28.—, 38.—, 48.—

Modellhaus  
**Auguste Münzer**  
Markgrafenstraße 28  
(Zweites Haus von der Leipziger Straße)

**Circus Busch**  
Tgl. 7 1/2, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr:  
Neue Spezialitäten  
u. a.:  
Albas, einzig dastehender  
u. Kopflüter a. d. schrägen  
Drahtseil. Beispiellos auf  
der ganzen Welt.  
Tragikomische Pantomime  
9 Uhr: „Aphrodite“ 9 Uhr  
Besonders hervorzuheben  
Großer bunter Maskenzug

**Alexander - Palast**  
Landsberger Str. 39  
— Am Alexanderplatz. —  
Fritz Lotze - Hofer  
Lu Andre / Leo Ernst  
Carl Heinz Ewers  
My und Hilfen  
Gerda Gerda  
Hans Schuch  
Ab 10 Uhr: TANZ  
Solo: My und Hilfen.  
Mokka, Tee, Schokolade,  
ff. Kuchen und Weine.  
Tischbestellg.: Alex. 1706.  
Anfang: 7 Uhr.  
Sonn-  
tags: 6-Uhr-Tanz-Tee

**Winter-Garten**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Reichshall-Theater**  
7 1/2 Uhr und Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
Städtin. Sängers  
nachm. ermögl. Dr.  
Reichshallen-G.  
Döhhoff-Brentl.

**!!! Geld !!!**  
für jede Berufsstufe. Höchste Ein-  
kaufspreise für Blankcheine.  
Brillanten, Goldgegenstände,  
Erzpfeife, Silber usw. Weiß.  
Friedrichstr. 41 III, Ed. Rodjitz.

**Ratstweinkeller Schöneberg**  
im neuen Rathaus am Stadtpark

• Eröffnung •  
übermorgen

Probierstube o Gute Küche  
Naturreine Weine aus der Stadtkellerei  
Die Verkaufsstelle sind festgelegt durch die Stadterwaltung

Pächter: Julius Schwent, früher Direktor des  
Kurhaus-Restaurants Wiesbaden u. Hotel Esplanade, Berlin

**Admirals-Palast.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die lustige Puppe**

**Admirals-Haus**  
Die beiden Gatten  
u. der Frau Ruth u.  
mit Henry Paron.

**MÜBEL**  
Lieferung kompletter  
Herren-, Speise-, Schlaf-  
und Wohnzimmer  
ab Fabrikgebäude m. eig.  
Lager nach jedem Ort.  
**MÜLLER**  
Berlin, Alexanderstr. 31.  
Tel. Kgl. 1727.

**TRAURINGE**  
DUKATENGOLD 900  
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold  
von M. 19,75 an.  
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE  
**Goldwaren-Fabrik**  
G. m. b. H.  
Berlin A.  
**J. Weinstock**  
Zentrale: Mohrenstraße 16 am Untergrundbahn-  
hof Friedrichstraße.  
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke  
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, a.H. Charlottb.  
Achtung! Kein Laden. Geöffnet 9-6.

Frisch eingetroffen:  
**Schokoladen** — diverse Sorten  
**Kakao** — Kaffee  
**Bohnen** — Linsen — Reis  
**Sultaninen** — Korinthen  
**Schamandeln** / Oelsardinen / Reisstärke  
**Marseiller Watson** / Sunlight  
**F.P.A. Kauffmann**, Berlin, Wallstr. 55.

**Ein neuer Beruf**  
Ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen ent-  
setzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebens-  
berufes beraubt sind. Allen, die umlernen müssen, empfehlen  
wir daher, ungesäumt ihre Vorbereitung zu treffen, die All-  
gemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzu-  
holen, fehlende kaufmännische oder banktechnische Kennt-  
nisse zu ergänzen, eine landwirtschaftl. Fachbildung zu er-  
werben oder technisches und fachwissenschaftl. Können zu  
vervollkommen. Verlangen Sie daher noch heute unsere  
32 S. starke Broschüre K 84 über die Selbstunterrichts-  
methode Rustin oder für technische und fachwissenschaftliche  
Bildung die 80 S. starke Broschüre K 95 über das  
System Karack-Hachfeld kostenlos und portofrei. Stand  
und Beruf bitten wir anzugeben.  
**Bonneß & Hachfeld**, Verlagsbuchhandlung, Potsdam.

**Meine großen Möbel-Läger**  
mit Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlaf-  
zimmer, Eder- u. Gebelid-Garnituren, Büch-  
schränke, Truhen, Schränke, Verticos, Kom-  
plettes Einrichtungs- u. Möbel- u. Holz- u. Metall-  
arbeiten in der Dresdenerstraße  
Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 100 nahe Hauptbahnhof  
**Möbel-Lechner**, Haupteingang  
Schulhaus

gegründet 1855,  
hat wieder große Auswahl in  
eleganten, preiswerten Schuhen!  
**Friedrichstraße 131c,**  
zwischen Oranienburger Tor u. Bahnhof Friedrichstr.  
Schuh- wie bekannt — höchste Preise für  
**alte Gebisse!**  
Gewöhnl. Plat.-Zahn bis 6 M. — diese jedoch  
nicht unter 4.10 M. pro Zahn!  
Platin-Sicht- u. Platinzähne bis 70 M. (nach Gewicht).  
Für Platin den jetzigen hohen Preis!  
Verkauf: Berlin W, Kronenstr. 56-58, (Hotel),  
täglich 10-6 Uhr. 70.21 Vogler, Berlin.

Bei  
**Husten, Heiserkeit, Verschleimung**  
und vielen anderen, auch schweren, Hals- u. Lungenleiden  
sowie bei Grippe erproben, wie jeder, Mitteilungen von  
Ärztin, Apotheke u. Selbstmed. einwandfrei bewiesen, unsere  
**Rotolin-Pillen**  
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.  
Schädlich zu M.S. — per Schachtel in allen Apotheken; wenn  
nicht vorräthig, auch direkt u. ohne Buch und Verschreibepf.  
Ausführliche Prospekt kostenlos.  
**Ploetz & Co., Berlin SW 68**  
Hauptniederlage für Rotolin-Pillen  
Samueliter-Apothek Berlin SW,  
Krausenburger Str. 41, Rotogr. 1815.

**Spezial-Abteilung**  
**Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten**  
in schwarz, braun, blau, grün, in 3 Tagen sowie  
**Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten**  
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.  
**Stoffneheiten, Stoffausstellung.**  
Außerdem wird jeder Artikel in 6 Tagen gefärbt und in  
24 Stunden chemisch gereinigt, Abholung und Zustellung  
kostenlos.  
Original-Englische Stoff- u. Wäsche.  
Trauerkleider in 48 Stunden.

**Möbel auf Kredit**  
Kleinste Anzahlung — Bequemste Ab-  
zahlung — Größte Mühseligkeit.  
Einzelne Möbel jede bereitwillig ab.  
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.  
**M. Landwehr**  
Müllerstraße 7, eine Treppe.  
Kreditanleihe nehme in Zahlung.  
Büro: auch nach auswärts.

**Der Tiefgefelle**  
Theater des Westens  
7 1/2 U.: Die Frau im Dornelid  
Sonntag 4 U.: Max und Moritz.  
Stg. 3 1/2 U.: Die lustige Witwe.  
**Theater d. Friedrichstadt**  
7 1/2 Uhr: Dr. Friedgilt  
mit **Rud. Schildkraut**  
Wagner-Theater  
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.  
Sonntag 3 1/2 U.: Die Geisha  
mit Mia Werber.

**Residenz-Theater.**  
Untergrund, Klosterstraße,  
Stadtbahn Jannowitzbrücke.  
Täglich heut: **300. Male**  
**Das höhere Leben.**  
Von Hermann Sudermann.  
Regie: Alfred Rotter.  
Erich Kaiser-Tanz, Olga Lim-  
burg, Harry Liedtke, Olga  
Valenti, Marietta Gily, Emma  
Debnar, Gussola, Mamelok,  
Brenkendorf.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
**Hänsel und Gretel.**  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.  
2. 384. Male: Der gute Ruf.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Das Gesetz.**

**Blauer SsaraFan**  
Russische Kleinkunstbühne  
Blüowstr. 6.  
**Moskau in Berlin** 14 musik.  
Kunstbild.  
Russ. Ballett und Ballettka.  
Vorverkauf Theaterkasse  
10-1, ab 6 abds. u. an der  
Theaterk. Wertheim, Leipz. S.

**Casino - Theater**  
Lothringerstraße, Tägl. 7 1/2 U.:  
Nur noch kurze Zeit!  
**Großstadt-Pflanzen**  
Dazu: Schwarzwaldhöhe,  
Operettenakt m. Viktor Litzke.  
Dazu erstklassige Spezialitäten  
Stg. 7 1/2 U.: Ein sauberes Kleebild  
Theater am Kottbuser Tor.  
Tel.: Moritzplatz 14914.  
Jed. Abend 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
9 stimm. Mittel der  
Städtin. Sängers.  
Sonntag nachm. 3 Uhr  
wirkl. Preisvoll  
Abend-Programm  
1 Kind frei!  
Käuschen gestattet.  
Nächtl. Konz. Beg. 7.10 Uhr.  
Vorverkauf 11-14 u. 4-6 Uhr.  
Neues Programm!

**Königstadt-Theater**  
7.30 Alexanderstr. 21. 7.30  
**Varieté-Spielplan.**  
Bürleske: Doktor wider Willen

# Jandorf

bringt

# heute:

**Hemdentuch** mittelstarke Qualität . . . Meter **6.50**

**Louisianatuch** ca. 90 cm breit . . . Meter **9.65**

**Damen-Strümpfe** lang, schwarz, verstärkte Ferse u. Spitze **6.95**

**Damen-Strümpfe** lang, schwarz, mit doppelter Ferse und Sohle . . . . . **10.75**

**Achtung! Bürger!**

**Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau**

am 6. November, abends 7 1/2 Uhr

**Herr Otto Gütte Herr Franz Fähr**

Brig bei Becker, Kindl-Brauerei, Chauffeestr. 97, Hermannstr. 214-219.

Erscheint in Massen!

**Gegen Wucher und Schleichhandel!**

**Bürger, Konsumenten, Hausfrauen!**

Am 6. November, abends 7 1/2 Uhr

**Oeffentlicher Vortrag**

des Herrn Joh. Lüders:

**Die Wahrheit über unsere Wirtschaftslage**

im Deutschen Hof, Luckauer Str. 15.

**Einwohner des Südens!**

Es gilt Kampf gegen Wucher u. Schleichhandel.

**Werkstätige Bevölkerung des Nordens!**

Am 6. November, abends 7 1/2 Uhr

**Die Reichsfinanzen und der deutsche Arbeiter**

**Bürger, Hausfrauen, Konsumenten!**

Am 6. November 1919, abends 7 1/2 Uhr,

im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41,

**Oeffentlicher Vortrag**

Thema:

**Valuta u. Teuerung**

Redner: Hauptschriftleiter Walter Moszkowski.

**Bürger, Hausfrauen, Konsumenten! Erscheint in Massen. Es geht jeden an!**

**Das Christusproblem gelöst!** Soeben erschienen: Wer 1000 Jahre alt war Jesus Christus? Wer war Jesus Christus? Ein Dokument, das die Geschichte des Christentums in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellt. Ein christlicher Pfarrer berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen mit dem Christentum. Ein Dokument, das die Geschichte des Christentums in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellt. Ein christlicher Pfarrer berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen mit dem Christentum.

**Juwelier Siegel** Berlin NW Friedrichstraße 3

**Brillanten** von höchstem Feuer

**Perlen**

**Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend**

c. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 16-26.

Montag, den 17. November 1919, abends 6 Uhr

in der Berliner Post-Brauerei, Am Tempelhofer Berg:

**Generalversammlung.**

Tagungsordnung:

1. Jahresbericht a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Verteilung des Reingewinnes.
5. a) Wahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von Ersatzmitgliedern.

**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.** Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Aufsichtsrat: J. H. F. Walther.

Der Vorstand: R. Junger, O. Schultze, W. Lamm, A. Mirus, P. Müller.

Der Eintritt kann nur bei eingetragenen Mitgliedern gegen Vorlegung der bekannten Beitrittserklärung gestattet werden. Für Nichtmitglieder kann der Zutritt nicht gestattet werden, da sämtliche Plätze für die Mitglieder reserviert werden müssen. Es liegt im eigenen Interesse der nicht eingetragenen Mitglieder, den Weg zum Versammlungsort nicht recht zu unternehmen.

Ein kostenloser Kursus für jedermann über 1900 **„Volkswirtschaft und volksmündliche Redekunst“** beginnt am Donnerstag, den 13. November, abends 8 Uhr in der Klasse 1b des Königsstädtischen Gymnasiums, Elisabethstr. 57 (Nähe Alexanderplatz). Eingang über den Hof, III. Treppen. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr bis gegen Weihnachten. Anmeldungen dazwischen.

**Dänische Vollmilch,** pasteurisiert, in Verkaufers Kannen, bei täg. Abnahme von mindestens 5000 Litern bietet an 1947 **Berger, Kopenhagen, N. Farimagsg. 33.** Telegr.-Adr.: Bergerfix.

**Zu den höchsten Preisen laufe ich alte Zähne, Gebisse,**

**Blöße (auch Adhäsion), Brennflüsse, Karies etc. etc.**

Nur 3 Tage! **Donnerstag, den 6. Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. November 1919, von 9-5 Uhr, im Hotel „Deutschlicher Hof“, am Bahnhofsplatz.**

**Leder jeder Art**

kauft zu hohen Preisen D. Strickfeld, Berlin-Dankow, Krieger Str. 7, Eingang Tschelchstr. Straße. 2965

Blendend weiße Zähne durch **Chlorodont** die wunderbar erfrischende Zahnpaste

**Zigaretten**

**Ständiges Lager, rein orientalische und ägyptische Zigaretten von 220,- M. an.**

**Capstans Navy Cut 285,- M.**

**M. Guttman, Berlin O 27, Alexanderstr. 22, - 9-3 Uhr.**

**Brillanten Juwelen** Brillanten, Perlen, Edelsteine, Schmuckstücke, Uhren, etc.

**Brillanten Juwelen** Brillanten, Perlen, Edelsteine, Schmuckstücke, Uhren, etc.

**Pianos** Streifen, Harmonien jeder Holz- u. Stahlart. Kunstspielapparate, Notenrollen, Gebrauchsgegenstände, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufträgen, Reparaturen und Stimmungen.

**Max Adam, Münzstraße 16.**

**Platina zu allerhöchsten Preisen** Zahnplatinestifte 3.50 M. bis 18 Mk.

110,3a\* Alte Gebisse bis 1000 Mark Silber, Gold kauft Frau Linke, Bücherstr. 40, v. II

Die kostenlose Berufsberatung in der **Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung** Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 28, kann infolge Kohlenmangels im November und Dezember nur werktäglich von 10-1 Uhr stattfinden. 10340

**Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.** Einladung zu der am **Freitag, 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hermann Schulz, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 125, stattfindenden Ordentl. Ausbeu-Sitzung** der Vertreter der Arbeitgeber und der Beschäftigten.

Tagungsordnung:

1. Wahl des Prüfungsausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für das Jahr 1919;
2. Rechnungsabrechnung;
3. Abänderung der Dienstordnung;
4. Erholungsheim;
5. Versicherungswesen.

Beschwerden und Anfragen sind bis spätestens Dienstag, 11. d. M., bei der Kassenerwaltung schriftlich einzureichen.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, (Ges.) Paul Röhmer, I. Borsig.

**Kriegsheschädigter,** welcher gemäß § 1. aus der Hand zu gehen und in einer kleinen Gemeinde (200 Einwohner) die Stelle eines **Gemeindevorstehers u. Nachwächters** zu übernehmen, kann seine Entschädigungsansprüche an ihrem Wohnort einreichen an den **Gemeindevorsteher** Jed. Schluf v. Groß-Schönberg (Mett).

7. Sept. 19. Meine Tochter hatte seit 3 Jahr. off. Füße, nichts hat sich geholt. Da las ich Annonc. in Crinolsalbe u. ließ mir sol. 1 Dose a. d. Apoth. schicken. Bald nach der erst. Anwendung konnte sie schon mit dem gang. Fuß auftreten, während sie seit der 3 Jahre nur auf den Zehen gehen konnte. Ich spreche Ihnen meinen Dank aus. J. P.

Crinolsalbe wird geg. off. Füße, Aderheine, Flechten, böse Finger, Hautausschl. angew. Dose M. 2.50 in Apoth., wo nicht durch Crinolwerk Weinböhls-V.

Depots: Barbarossa-App. Kurfürstendamm 264. Engel-App. Kanonenstr. 44. König-Salomon-App. Charlottenstr. 54. Wittes App. Potsdamer Str. 88. Diana-App. Turmstr. 28. Germania-App. Lothr. Str. 59. Oranien-App. Elisen-Über 34. Mariannen-App. Mariannenplatz 6. Apotheke a. Schlesienschen Tor, Skalitzer Str. 72. Gust-Adolf-App. Kolonnenstr. 1. Alexand-App. Alexanderpl. 8. Borussia-App. Schön Allee 66. Hohenstaufen-App. Cottbuser Damm 12. Greifsw. App., Greifsw. Str. 47.

**Juwelen Perlen** Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonenstr. 8 Tschelchstr. 11A. Tel.: Zentr. 5864.

**Ankauf von Juwelen** Perlen, Smaragd usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonenstr. 8.

**Speisezimmer** Herrenschnitzwerk, Schloßzimmer, Salonverrichtungen, Küchen, Leder- u. Gobelins, Kuchenschrank, Standuhren, Sofas, deutsche und engl. Teppiche, Vorhänge, Gardinen, etc. etc. in reich großer Auswahl zu enorm billigen Preisen.

**Hans Sennert,** Möbelhaus für Gelegenheitsverkäufer, Eichenstr. 55, Tempelhofer Platz.

**Gestohlen** Geld- und Kassenbücher, weiß und gefärbt, fertig und halbfertig, im Werte von ca. 1310 M. durch Einbruch bei Fabrikant Karplus & Herzberger, Berlin N 20, Springenallee 60. 2975 Für Wiederherbeziehung oder Nachweisung zur Wiedererlangung werden 20 Proz. Belohnung des Wertes der zurückgehaltenen Bücher gezahlt. Belohnungen an obiges Haus oder Kriminalpolizei.

**1000 Mark Belohnung** dem, durch dessen Angaben wir zwei in der Stadt von Sonnenberg, den 1. auf Sonntag, den 2. November, aus unserem Stadt Bräusenstr. 10, Niederhörsenweide, gestohlene Pferde wieder erhalten. Ein Fuchswallach, 2 weiße Vorderfüße, weiße Flecke, hinten etwas verbläute Füße. Ein dunkelbrauner Wallach, ohne besondere Abzeichen. Beide Pferde mittlere Größe, 1,70 Meter groß, 8-9 Jahre alt.

**Paul Lott, G. m. b. H.,** Niederhörsenweide, Berliner Str. 129. Telefon: Dönhofsweide 935.

**Vereinigte Berliner Kohlenhändler A.-G.,** Berlin W 35, Potsdamer Str. 103 a. Telefon: Köpenick 80-85.

**Buchhandlung Vorwärts Paul Singer** G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 2

**Gedenkblätter zur ersten Wiederkehr des Revolutionstages**

**Der 9. November** Von Friedrich Stampfer. Preis 1 Mt.

**Sturmvogel der Revolution** Von Adolf Braun. Preis 1 Mt.

**Juwelen Perlen** Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonenstr. 8 Tschelchstr. 11A. Tel.: Zentr. 5864.

**Ankauf von Juwelen** Perlen, Smaragd usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonenstr. 8.

**Platin bis 90.-** **quecksilber bis 55.-** **Messing Kupfer** sämtliche Metallabfälle! Zahngebisse kauft zu allerhöchsten **Fabrikpreisen** „Metallschmelze Baruch“ Fennstraße 48 Tel.: Moabit 2384 und Beuelstraße 29.

**2-3 ältere Forme,** welche Zahnäder nach Schablone formen können, werden auswärts von einer Zahnäderfabrik und Eisengießerei gesucht. Angebote unter N. G. 31 an Havag (Hansenstein & Vogler A.-G.), Hamburg. 82/7

**Tüchtiger Fachmann** der Wärmepumpe und Wasser-Industrie erbittet **letztendige Stellung im Ausland.** Offert mit Lebensbeschreibung und Referenzen an: J. G. 1798 an **Rebelsch Woffe, Hamburg.**

**Blusen Schneiderinnen,** grüße, verlangen sofort **J. Blumenau & Sohn,** 11/7\* Pappelallee 78/79.

**Musternäherinnen** für Bienen und Kleider im Hause bei hohem Lohn. **Arbeitszeit 9-4 Uhr.** **Frank & Bernstein** Scharenstr. 11/13.

**Selbständiger Tischler** als Hausmeister mit Hand und vollständigen Werkzeugen für dauernd gesucht. Bedingung: kein in Reparatur und Beigen anderer Möbel. Vorstellung: Donnerstag vormittag 9-10. **Freisinger Str. 3, H. C. C. Mann.**

**Blusennäherinnen** für stofflichen Bereich bei hohem Lohn, **Arbeitszeit 9-4 Uhr, verlangen 70/12** **Frank & Bernstein,** Scharenstr. 11/13, Kgl. C.

**Knopflochanzeigerinnen,** grüße, verlangen sofort **Gebr. Borchardt, Wölschestr. 11/9\* Pappelallee 78/79.**

Groß-Berlin

Zum einjährigen Gedenktage der Revolution

finden am Sonntag, pünktlich vormittags 10 Uhr, große öffentliche Versammlungen

1. Tagesordnung in allen Versammlungen: „Die Sozialdemokratie und der 9. November“. Die Versammlungen finden statt:

- 1. Pagenhofer Brauerei, Fildichstr. 2/4.
2. Gewerkschaftshaus, Engelauer.
3. Böhmisches Brauhaus, Landberger Allee.
4. Brauerei des Ostens.
5. Schauburg-Viertel, „Concordia“, Andreasstr. 64.
6. Aula Braunstr. 11.
7. Schulaula Grünhaldenstr. 5.
8. Bazarstraße, Müllerstraße.
9. Brauerei Königshardt.
10. Germaniastraße, Chauffeefer. 110.
11. Pagenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26.
12. Köpenick, Stadttheater, Friedrichstraße.
13. Charlottenburg, Volkshaus, Kohnenstr. 8.
14. Friedenau, Reformrealgymnasium, Hohmannstraße.
15. Grunewald, Aula der Gemeindeschule, Delbrückstr. 20.
16. Johannisthal, Restaurant Senftleben.
17. Lankwitz, Lyzeum.
18. Lichterfelde, Realgymnasium, Drakestr. 72/75.
19. Mariendorf, Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße.
20. Neukölln, Altems Festhalle, Hohenstraße 11/13.
21. Niederschöneweide, Restaurant Vorelech.
22. Rowahew, Deutsche Festhalle, Wilhelmstr. 41/43.
23. Schmargendorf, Schwarzer Adler, Joppotter Str. 4.
24. Schöneberg, Hohenzollernschule, Belgier Str. 48/52.
25. Steglitz, Schloßpark, Schloßstr. 43.
26. Tempelhof, Aula d. Real-Gymnasiums, Augustastr. 10/20.
27. Treptow, Baumwäldchenweg, Lokal wird bis Donnerstag früh noch bekannt gemacht.
28. Wannsee, Fürstendof, Königstr. 40.
29. Wilmow, Kasino.
30. Zehlendorf, Kaiserhof, Potsdamer Straße.
31. Buchholz, Rest. Vaterla, An der Kirche.
32. Friedrichshagen, Brauerei - Ausklocht.
33. Hohenerschönhausen, Schulaula Rödnerstraße.
34. Kaulsdorf, Turnhalle, Adolfsstraße.
35. Lichtenberg, Festhalle - Lyzeum, Prinz - Albertstr. 44.
36. Niederschönhausen, Schloß Schönhausen, Lindenstr. 11.
37. Panlow, Kurfürst - Lichtspiele, Berliner Straße.
38. Reinickendorf - Ost, Schützenhaus, Reichenstr. 112.
39. Reinickendorf - West, Schulaula d. 5. Gemeindeschule, Auguste - Victoria - Allee 31/37.
40. Tegel, Strandlocht.
41. Weihenfer, Bornsina - Brauerei, Berliner Allee 211.

Versammlungen nachmittags 5 Uhr.

- 42. Grünau, Restaurant Buchholz, Friedrichstr. 27.
43. Lichterfelde, Restaurant Gundlach, Hilpertstraße.

Genossinnen und Genossen! Männer und Frauen der Arbeit!

Hört diesen Tag durch massenhafte Beteiligung an unseren Versammlungen. Der 9. November muß ein vielhunderttausendstimmiges Bekenntnis für die junge, deutsche Republik, für die Demokratie und für den Sozialismus werden. Wir wollen geloben, die hohen Güter der Revolution, welche Freiheit und gleiches Recht für alle brachte, gegen jeden Feind, gegen jeden reaktionären Ansturm mit aller Kraft zu verteidigen. Vorwärts in den Kampf für die Verwirklichung aller Ziele des Sozialismus!

Der Bezirksvorstand.

Großstadtwinter.

Es hat geschneit, zum erstenmal in diesem Winter. Die Erwachsenen summiert es nicht weiter, sie leben im Gegenteil sogar sehr munter drein. Sie kennen den Winter der Großstadt schon zu genau. Aber die Kinder! Lauter Jubel erschallt, wenn man morgens beim Aufstehen die weißen Dächer sieht. Große Pläne werden geschmiedet. Heute nachmittags, sowie die Schularbeiten fertig sind, wird der Modellschlitten vom Boden geholt, und dann gehts hinaus auf die Straße, zur fröhlichen Schlittenfahrt! Raum

Montrose.

15] Detektivroman von Sven Elvestad. Dies alles schien darauf berechnet, einen seltsamen Eindruck zu machen. Am rätselhaftesten, fast unheimlich wirkte indessen die Stille im Hotel. Das heißt, es war nicht ganz still, aber alle Laute hatten einen unendlich gedämpften Klang, als ob sie durch dicken Nebel zu einem drangen und in diesem Hotel gab es viele verschiedene Sorten Laute. Jemand sang eine eintönige Stimme ein trauriges Lied, der Gesang kam von sehr weit her und doch hätten die lauschenden Polizeibeamten darauf schwören mögen, daß er ganz in ihrer Nähe aus Zimmer 33 kam; auf diese Weise wurde jeder Laut von Teppichen und filzüberzogenen Zwischentüren gedämpft. Aus einer anderen Richtung hörte man Mandolinspiel, hin und wieder erklang das leise Echo von Gelächter, aber es war unmöglich festzustellen, woher es kam. Vereinzelt Wesen schwebten vorbei, Kellner mit Wein in Kühlern, und Gäste, die meistens ein ausländisches Gepräge hatten. Auf einem Korridor begegnete den Detektiven eine ganze Aristokratie, die auf dem Wege zum Zirkus zu sein schien, denn sie trugen alle samt schwarze Mäntel über ihren bunten flatternden Kostümen. An der Spitze ging der Mann, gewaltig von Umfang, aber elastischen Schrittes; ihm folgte seine Frau, keineswegs umfangreich, aber schwerfälliger im Gange; dann die übrigen Familienmitglieder, bis zu einem ganz kleinen Jungen herab, einer von denen, die hoch oben in der Luft herumgewirbelt werden und lachend herunterkommen. Alle schlichen fast lautlos über den weichen Teppich und verschwanden in der Tiefe des Korridors. Nummer 6, meine Herren. Rudolf rief eine Tür auf. Auf der Schwelle fragte Krag: Können Sie den Weg zurückfinden, Keller? Ohne Zweifel, antwortete Keller, ich habe einen vorzüglichen Orientierungssinn im Nebel, wir sind die ganze Zeit nach Westen gegangen. Der Rückzug muß also mit östlichem Kurs gesteuert werden. Nummer 8 ist nebenan, sagte Rudolf. Krag wollte sofort auf das Gitter vor der Heizung zu steuern, Rudolf aber stellt sich ihm in den Weg. Er legte zwei Anmeldeformulare auf den Tisch.

kann der Schlittenschluch erwartet werden. Verabredungen mit Mitschülern und Freunden werden zu heute nachmittag getroffen. Es wird sein werden!

Und endlich ist es soweit. Frühchen hat seinen Schlitten heruntergeholt, nimmt ihn auf den Rücken und zieht frohlockend hinaus. Aber o weh! Statt des erwarteten lustigen Treibens steht er seine Freunde mit trübseligen Mienen, den Schlitten an der Hand, auf der Straße stehen. Ja, die Dächer sind wohl leuchtend weiß, aber die Straße! Die ist nicht weiß, die ist nicht glitzernd, nicht blank, die ist bedeckt mit schwarzbrauner, zäher Suppe, und jeder schlächter Versuch, im Schlitten dabinzugleiten wird „zu Wasser“. Traurig resigniert nimmt Frühchen seinen Modellschlitten wieder auf den Rücken und tragt mit anderen Schicksalsgenossen nach Hause.

Ja, warum ist man Großstadtkind!? Draußen, auch schon in den kalten Vororten, da könnte man rodeln und schlittern, nach Herzenslust, da liegt der Schnee noch fest. Aber das Berliner Kind muß auch auf dieses Vergnügen verzichten, wie leider, leider auf so vieles andere. Auch Frühchen wird es bald begreifen. . . .

Gedanken eines Beamten.

In unserer Notiz „Gedanken eines Arbeiters“ in Nr. 528 des „Vorwärts“ schreibt uns ein Beamter u. a.:

Voll und ganz muß man dem Einsender bestimmen, daß die Alters- und Invalidenversicherung ihrem Aufbau nach den heutigen Bedürfnissen nicht im entferntesten genügt. Was jedoch dann in diesem Zusammenhang über die Besetzungszulage der Beamten gesagt wird, ist durchaus unzutreffend. Bis jetzt sind den Reichsbeamten erst 500 M. gezahlt, die zweite Rate soll zu Weihnachten ausgezahlt werden. Und doch ist wohl noch nie eine Besetzungszulage zur Behebung der dringendsten Not so notwendig geworden. Man frage doch einmal sich einen uniformierten Arbeiter, was für einen Stundenlohn er erhält? Bei der Post z. B. ist das Anfangsgeld eines Postboten 1050 M., das Gehalt eines Oberpostoffiziers nach 30 Dienstjahren 2200 M. Dazu kommt noch die monatliche Feuerungszulage von 200 M. Als der Arbeiter während des Krieges nie erträumte Löhne verdiente, da stand der Beamte, wie heute noch, auf der Gehaltsstufe, die 1896 vom Reichstag beschlossen war. Am Ende des Jahres 1919 ging man daran, den Beamten eine Feuerungszulage zu geben und zwar 3 M. Im Jahre 1917 wurde die Summe auf 15 M. und 1918 auf 75 M. pro Monat erhöht. Ledig erhielten 52 M. Erst unter dem neuen Regime erhielten wir nach schweren Kämpfen die jetzt laufende Feuerungszulage!

Die letzte Aufbesserung kam für uns zu spät; denn der größte Teil der Beamten ist so in Schulden geraten, daß alle Zulagen und Beihilfen wohl ein Loch aufstopfen, aber keine wirkliche Besserung bedeuten. Jeder, der arbeitet, ist seines Lohnes wert, und darum rufe ich jedem Arbeiter zu, laßt den Beamten neidlos ihre wohlverdiente Wirtschaftsbeteiligungen. Hand in Hand aber wollen wir arbeiten an dem Ziel, das jedem, der nicht mehr arbeiten kann, ein ruhiger Lebensabend beschiednen wird.

Das Landespolizeiamt im Kampf gegen die Kuppelkase.

In der Nacht zum heutigen Mittwoch unternahm Beamte des Landespolizeiamtes eine Streife durch die nächtlichen Vergnügungshäuser Berlins. In 10 Orten wurden die Mannschaften zu gleicher Zeit eingesetzt und dadurch verschiedentlich recht gute Ergebnisse erzielt.

In dem Weinrestaurant „Lich“ in der Französischen Straße fanden die Beamten den Betrieb in vollem Gange. Trotz mehrmaliger Aufforderung wurde nicht geöfnet. Die Türen wurden im Gegenteil mit schweren Gegenständen verbarrikadiert, so daß sie unter Anwendung von Gewalt gesprengt werden mußten. Als die Beamten das Lokal betreten, ertönte sofort das elektrische Licht und ein Teil der nächtlichen Besucher suchte in der Dunkelheit und in der Verwirrung zu entkommen. Sie wurden aber von den draußen harrenden Beamten in Empfang genommen. Erst nach mehreren Versuchen gelang es, die elektrische Beleuchtung wieder einzuschalten. Alle Gäste und der Inhaber des Lokals mußten auf einem Lateraltreppenweg zum Landespolizeiamt antworten, um hier ihre Personalien feststellen zu lassen. Beim Bestiegen des Autos kam es noch zu recht erregten Szenen, denn im Handumdrehen hatte sich der ganze Panzer der Friedrichshof eingeklemmt, der gegen die Beamten Stellung nahm. Nur der außerordentlich wirksamen Tätigkeit der Polizeihunde war es zu danken, daß größere Ausschreitungen vermieden wurden.

Nicht so glücklich lief die Aushebung im „Fischerhahn-Keller“ in der Friedrichstraße und im „Friedrichs-Kasino“ ab. Hier benahmen sich die Gäste, die sich aus Schiebern und ihrem Anhang zusammen-

setzten, sehr renitent. Auch hier nahmen Straßenpassanten, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, Stellung gegen die Polizei und es gelang mehrfach, die Gäste der ausgehobenen Lokale zu befreien.

Die Streife der Polizei erstreckte sich aber besonders auf die Gegend um die Mohltstraße und im vornehmen Westen. Hier müssen die Nachlokale von dem Eingreifen der Polizei Wind bekommen haben, denn man fand verschiedentlich nur geschlossene Lokale vor. Dagegen wurden in der Pierot-Var einige 20 Personen festgenommen, die sich hier bei Sekt und Tanz aufs angenehmste vergügten. Ferner hob man einen Spielflub am Stadtpark Schöneberg aus. Hier konnten allerdings nur etwa 12 Personen festgenommen werden, da die anderen rechtzeitig über einen Hintertausgang und die Bodenträume das Weite gesucht hatten. Der Klub wurde versiegelt und die gesamten ziemlich beträchtlichen Vorräte in Zucker, Mehl und anderen Lebensmitteln beschlagnahmt. Bemerkenswert sind die Rhamnappreise, die hier für Speise und Trank gezahlt wurden. So forderte man z. B. für eine Korbseife laut Speisekarte 20 M., für ein Nührei, bestehend aus zwei Eiern, 25 M., für eine Portion Gänsebraten dagegen 30 M. Eine große Anzahl Schiffsleute ließ auf ein ausgebehtes üppiges Mahl schließen. Der Klub war bereits vor 14 Tagen von der Schöneberger Einwohnerversammlung ausgehoben worden. Die Räume waren auf das eleganteste eingerichtet und nach den bisherigen Feststellungen soll die Einrichtung allein, die raffiniertesten und luxuriösesten Geschmacksverrä, 300 000 M. gekostet haben. Der Klub nannte sich „Klub der Deutschen Filmkünstler“ und das beschlagnahmte Vereinsarchiv ergab interessante Einzelheiten über die Bestrebungen und vor allem über die dem Verein angehörenden Mitglieder, unter denen der Adel eine hervorragende Rolle spielt. Der Klub bewohnte die zwei obersten Stockwerke eines Hauses am Schöneberger Stadtpark. Hier vollzog sich die Aushebung ganz ohne Schwierigkeiten.

Im übrigen wird auf Anweisung des Staatskommissars für Volksernährung das Landespolizeiamt in Zukunft den Inhabern und Geschäftsführern von Luxusgaststätten (Bars, Dielen usw.), die sich besonders großer Ueberschreitungen der Polizeistunde zuschulden kommen lassen, ohne vorherige Verwarnung den Handel unterzagen und ihre Betriebe schließen.

Wem gehört das Geld? Um 18 000 M. gebracht wurde ein hiesiger Bankbeamter durch eine „Beschlagnahme“. Der Mann besaß 18 rotgeklebte Tausendmarktscheine, die er für 1200 M. das Stück zu verkaufen gedachte. Von diesem Plane ergabte er in einem Kaffeehaus einem Kaufmann Fritz Lange. Er besorgte in einem Reisenden Viktor Koserowski einen Käufer, der bereit sei, 1250 M. zu geben. Beide bestellten dann einen früheren Beamten der Gegendspolizei namens Mantuffel als „Kriminalbeamten“, der die 18 Tausendmarktscheine im geeigneten Augenblick beschlagnahmen sollte. Der Plan gelang auch. Der „Kriminalbeamte“ erschien pünktlich an dem verabredeten Orte und zur vereinbarten Zeit, griff ein, als der Verkäufer die 18 Tausendmarktscheine auf den Tisch legte und nahm sie im Namen des Geheges an sich. Der Bankbeamte war froh, daß er nicht auch noch festgenommen wurde und empfahl sich ebenso eilig, wie zum Schein auch Lange und Koserowski. Diese beiden aber trafen sich gleich darauf mit Mantuffel in dessen Wohnung und teilten sich in die Beute. Obwohl der Betrogene keine Anzeige machte, kam die Kriminalpolizei hinter den Streich, ermittelte die drei Betrüger und nahm sie geftern fest. Koserowski hatte von seinem Anteil schon nichts mehr. Er hatte seiner Frau einen Pelzmantel gekauft und 900 M. geschenkt, die sie auf die Sparkasse getragen hatte. Die beiden anderen besaßen ihren Anteil an der Beute noch ganz. Jetzt weiß man aber nicht, wer der betrogene Bankbeamte ist.

Die gestohlenen Automobile der Entente-Kommission wurden in Reußhain in zwei Remisen unter Säcken versteckt wieder aufgefunden. Die von der Kommission gestellten Erfahrungsprüfungen sind somit erledigt.

Vorforderungen an Gefangene, die sich noch im europäischen Ausland befinden, können von den Angehörigen direkt an das Rote Kreuz für Gefangenenfürsorge im Ofen Rowno Sedimino Gaiwe 11 gerichtet werden oder durch das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung 11 Berlin, Tauentzienstraße 14, nach Rowno eingeschickt werden. Ferner werden vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge im Ofen, Nachforschungen nach Vermissten angestellt und können daher derartige Anträge ebenfalls nach Rowno gerichtet werden.

Für 36 000 Mark Umzugsgut wurde einer Witwe F. aus der Alexandrinenstr. 125 aus einem verfallenen Eisenbahnwagen auf

„Ihre Namen, meine Herren“, sagte er. Krag nahm den Bleistift. Was sollte er schreiben? Er sah Rudolf fragend an.

Rudolf lachte vergnügt. Der Kerl hatte anscheinend Phantasie. Die Namen, die er vorschlug, bewiesen, daß Stoff in ihm zu einem Verfasser von Abenteuerromanen war.

Indem er sich leicht vor Krag verbeugte, sagte er: „Wir ist, als ob der Herr Sabanna Jach heißen müßte. Beruf: Trapezkünstler.“

Krag schrieb ohne Einwendung. „Und ich?“ fragte Keller. Rudolf überlegte.

„Dieser Herr ist Impresario, Spezialität Voren“, murmelte er. „Wir müssen etwas Romantisches finden. Es macht mir Freude, ausgefallene Namen in den Büchern zu haben. Oh, meine Herren, neulich war hier ein Reisender, der Alexis Schrumpfenüre hieß. Ich war den ganzen Tag glücklich! Ich schlage vor: Max Landauer, Impresario. Zufrieden?“

„Sie sind ein Meister“, sagte Keller und schrieb. Rudolf nahm die Anmeldeformulare.

„Ich trage jetzt Herrn Landauers Reisetasche auf Nummer 8“, sagte er, „nimm ich die Ehre habe, mich zurückzuziehen. Ich bin die Feinfühligkeit in Person und außerdem fürchte ich das Morgengewöl. Wenn aber der Herr Trapezkünstler aus Sabanna tropische Wärme in diesem Zimmer wünscht, so ist die Zentralleitung dort drüben. (Er zeigte auf das Messinggitter unter dem Fenster.) Was sich sonst in diesem Zimmer befinden mag, habe ich vergessen. Vergessen Sie auch mich, meine Herren, bis es ans Trinkgeldzahlen geht. Leben Sie wohl.“

Darauf verschwand er mit einer eleganten Verbeugung. Eine Minute später hatte Krag das Gitter geöffnet. Er zog ein schwarzes, zerdrücktes Zeugbündel heraus und wickelte es auf. Es war ein Priesterrock.

Er hielt den Rock ins Licht. Unten war ein Riß, der zu dem abgerissenen Felsen paßte, den die Schupleute auf Abbe Montroses Gartengitter gefunden hatten.

„Es ist kein Zweifel mehr möglich“, sagte Keller. „Wir befinden uns auf der richtigen Spur, dies ist Abbe Montroses Priesterrock, und fühlten Sie hier, Krag, und hier, und hier —“

Krag strich mit der Hand über das zerknitterte Kleidungsstück.

„Nach feuchte Flecke, und rote Flecke — das ist Blut, mein Vieder.“

„Ohne Zweifel“, antwortete Krag, „das Schicksal des guten Abbe macht mir Sorge“, fügte er ernst und gedankenvoll hinzu.

„Wie meinen Sie das?“

„Ich fürchte, daß er nicht mehr am Leben ist.“ „Diese Schweinehunde“, rief der grobe Kellner mit einem Kraftausdruck. „Alle Spuren führen auf dieses seltsame Hotel zu. Der verhasste Arnold Singer war hier angestellt. Seine Frau, dieses heuchlerische kleine Wesen ist die Tochter des Morgengewölks. Und nun finden wir hier im Hotel des Morgengewölks diesen blutbesleckten Rock.“

Er jamm nach.

„Ich nehme an, daß wir das Hotel mit fünfzehn Mann überumpeln können“, sagte er nach einer Weile, „sie in ihrem eigenen Nattenloch fangen, das Morgengewöl und Thomas Uri und das Gefängnisgeficht und den Trapezkünstler und Boyer und die ganze Bande.“

„Erstens“, antwortete Krag scharf, „muß ich aufs entschiedenste protestieren, daß Clara Singer ein heuchlerisches Wesen ist. Sie sind sehr energisch und tüchtig, Keller, es fehlt Ihnen aber an Geduld und Menschenkenntnis, und ohne diese beiden Eigenschaften kann man dieser seltsamen Affäre nicht auf den Grund kommen. Zweitens: was wollen Sie mit einer Erstürmung dieses Hotels erreichen? Wir kennen ja nur diesen einen Eingang.“

„Genügt das nicht, um einzudringen?“

„Zum Eindringen allerdings, aber Sie können überzeugt sein, daß das Hotel mehrere Ausgänge hat.“

Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, und Rudolf zeigte sich vom neuem.

„Hallo“, rief Krag, und sah den Kellner interessiert an, „endlich mal ein menschlicher Ausdruck in diesem Komödiantengesicht. Er ist erstaunt. Was ist geschehen?“

„Der Abbe“, stammelte Rudolf, „Abbe Montrose ist hier.“

„Meinen Sie Herrn Thomas Uri?“

„Rein, den nicht, sondern den Abbe selbst. Er singt.“

„Er singt?“ fragte Krag.

„Ja“, antwortete Rudolf, „er singt. Das tun viele hier im Hotel.“

(Fortf. folgt.)



# Gegen den Generalstreik.

## Politischer Streik oder Sabotage.

Die Generalstreikparole der politischen Drahtzieher des Metallarbeiterstreiks wurde fast zu derselben Stunde ausgegeben, als die Personenverkehrsperre in Wirksamkeit trat. Ein jeder, der die Verkehrsnot mit wachsender Besorgnis für unser ganzes Wirtschaftsleben und für die Sicherstellung der Ernährung verfolgt hat, weiß, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, wie sie selbst in Kriegzeiten nicht getroffen worden ist. Es ist der rigorosste Eingriff in den gesamten Verkehr auf Kosten aller nicht unbedingt lebenswichtigen Gewerbezweige. Wir brauchen in den Großstädten Kartoffeln, ehe die schweren Fröste kommen, für das Volk, und Kohle für die industriellen Betriebe. Die Goldbestände, die im Westen und in Oberschlesien angewachsen sind, müssen abtransportiert, die Läger aufgefüllt werden. Millionen von Großstadtbewohnern wissen nicht, woher sie den nötigen Kohlenbedarf für den Hausbrand decken sollen. Jedes Kind versteht, daß die Einstellung des Personenverkehrs zugunsten des Güterverkehrs nur unter dem Druck der schwersten Not erfolgt ist, daß ein forcierter Güterverkehr unbedingt nötig ist, um zur Sicherstellung der Ernährung und Kohlenversorgung und zur Steigerung der Kohlenförderung eine Erleichterung im gesamten Verkehrsleben zu schaffen. Schon heute läßt es sich voraussetzen, daß diese Personenverkehrsperre nicht genügen wird, um den Abtransport der Kohlen und der Lebensmittel für die Dauer zu gewährleisten. Man muß mit Bestimmtheit damit rechnen, daß erhebliche Einschränkungen des Personenzugverkehrs auch nach dem 15. November bestehen bleiben werden.

Die Personenverkehrsperre ist also eine soziale Maßnahme im Interesse der noleidenden minderbemittelten Bevölkerung. Der reiche Schieber und der Kapitalist hält sich seine Kohle und seine Kartoffeln, wenn's sein muß, höchst persönlich mit dem Auto ab — er kann es sich leisten. Aber das Proletariat kann das nicht.

Wenn der Generalstreik in Kraft tritt, müssen sich in Berlin die Wagen stauen, der ganze Zweck der großzügigen Maßnahme ist verfehlt. Darauf verulieren die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher.

Freilich: die „Freiheit“ hält schon jetzt den Zeitpunkt für gekommen, sich vor den Konsequenzen zu drücken und behauptet in ihrer gestrigen Abendausgabe zum allgemeinen Erschauern, daß es sich nicht um einen politischen Streik handelt, sondern einzig und allein darum, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, ihre Vertrauensleute möhregeln zu lassen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß der Gehirnschwund bei den Lesern der „Freiheit“ in demselben Maße fortgeschritten ist wie am Schiffbauerdamm. Denn diese werden sich sehr deutlich daran erinnern, daß in dem Aufruf der Berliner Parteileitung der U. S. V. D., der K. P. D. und der Funkzählerkommission, der gestern morgen in der „Freiheit“ abgedruckt war, wörtlich stand: „Die sozialrevolutionären Parteien, die U. S. V. D. und die K. P. D. unterstützen den jetzt politisch gewordenen Kampf.“

Ein Generalstreik in diesem Moment wäre eine Sabotage des Proletariats. Er würde die großstädtische Bevölkerung rücksichtslos dem Hunger und der Kälte preisgeben und damit die Stimmung für Ruß, auf die es die „sozialrevolutionären“ Parteien abgesehen haben, ohne einzugehen, schaffen. Wenn nun die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine Ausbreitung des Streiks, insbesondere auf den Transport, niederzuhalten bestrebt ist, so ist das nichts anderes als ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit.

## Ablehnung durch die Gewerkschaftskommission.

Nach siebenstündiger Sitzung lehnte die am Mittwochnachmittag tagende Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission den Eintritt in den Generalstreik mit 66 gegen 66 Stimmen ab.

Dagegen gelangte ein Antrag Schmidt zur Annahme, wonach der Ausschuss der Gewerkschaftskommission beauftragt wird, mit den maßgebenden Behörden zu verhandeln, um die Maßnahmen der bisherigen Betriebsvertrauensleute rückgängig zu machen.

## Die Funktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Partei zum Generalstreik

Zur Frage des Generalstreiks nahm Mittwochabend eine Versammlung der Funktionäre und Arbeiterräte der Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei Stellung.

Der Referent, Genosse Prolat, gab eine Darstellung der Verhandlungen, an denen neben der Streikleitung die Vertreter der politischen Parteien teilnahmen. Alle Teilnehmer dieser Sitzung, die am Sonntagabend stattfand, waren darüber einig, daß Grundrechte der Arbeiter von den Unternehmern nicht angetastet werden dürfen und Rechte, welche die Arbeiter vor dem Streik in den Betrieben hatten, auch nach Beendigung des Streiks weiter bestehen bleiben und ausgeübt werden. Darauf fand eine Besprechung der Parteimitglieder mit den Unternehmern statt. Da wurden Einzelfälle angeführt, aus denen hervorging,

daß Arbeiterräte ihre Funktion zum Schaden der Arbeiterschaft ausüben können.

Die Vertreter der Parteien arbeiteten unter sich einen Entwurf für die Bedingungen der Arbeitsaufnahme aus, welcher der Streikleitung vorgelegt wurde. Hierzu erklärte Rusch, er sei bereit, diese Einigungsbedingungen der Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen. Der Entwurf erhielt dann durch die Änderungsanträge der Unternehmer die Form, in der er in der Presse veröffentlicht wurde. Auch zu diesem Entwurf erklärte Rusch, er werde ihn der Generalversammlung zur Annahme empfehlen. Auch der Unabhängige Noeren sagte, nachdem die Unternehmer zu weiterem Entgegenkommen nicht mehr zu bewegen waren, man solle es bei den Bedingungen lassen, der Kampf könne nicht fortgesetzt werden. Auch der Unabhängige

Brühl war für den Abbruch des Streiks unter den vorgeschlagenen Bedingungen. Den Unternehmern gegenüber hat Rusch, wie das für einen Gewerkschaftsvertreter selbstverständlich keine bindende Erklärung über die Wiederherstellungsbedingungen abgegeben, aber im übrigen ließ seine Haltung keinen Zweifel, daß er die Bedingungen in der Generalversammlung zur Annahme empfehlen wolle. — Was die Modalitäten der Einstellung betrifft, so sind die Unternehmer bereit, alle Streikenden, die vor dem Streik Vertrauensmänner waren, bis zum 15. Dezember wieder einzustellen. Diejenigen, die infolge der Teilstreiks in den Betrieben nicht weiterarbeiten konnten, sollten aussetzen. Die Streikleitung verlangte aber, die Arbeiter sollten mit dem Aussehen nicht einverstanden sein. Darauf wurden sie entlassen. Soweit sich unter den Entlassenen Arbeiterräte befinden, haben sie nach dem Befehl ihre Funktion verloren. Darauf berufen sich die Unternehmer. Es soll also nach der Wiedereinstellung, der Entlassenen eine Neuwahl der Arbeiterräte vorgenommen werden. Es liegt also bei den Arbeitern selbst, Männer ihres Vertrauens zu wählen. — Prolat machte weitere Mitteilungen über Vorgänge aus der Sitzung, die die Parteimitglieder mit der Streikleitung abhielten. Auch hier haben sich — wie der Redner betonte — Rusch und Mich. Müller für den Abbruch des Streiks unter den vorgeschlagenen Bedingungen erklärt. Es ist eine einzig dastehende Unverschämtheit, daß Rusch in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes den in der Arbeiterbewegung ergrauten Parteigenossen Kollendauer, der die Haltung Ruschs richtig dargestellt hat, einen Lügner genannt hat.

Im Metallarbeiterstreik sind manche Dummheiten und Statutenwidrigkeiten begangen. Doch das geht und hier nichts an. Darüber zu befinden, ist Sache der Metallarbeiter. Der Vollgitar der Unabhängigen und Kommunisten hat nun in der „Freiheit“ die gesamte Arbeiterschaft zum Generalstreik aufgefordert.

Wir lehnen die Teilnahme an diesem Generalstreik ab.

(Sehr richtig.) Wir sprechen jenen Leuten, die den Aufruf erlassen haben, das Recht ab, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. Die Spielerei mit dem Generalstreik muß ein Ende nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) In der jetzigen Lage könnte keine größere Dummheit gemacht werden als ein Generalstreik. Solche Dummheit machen wir nicht mit. (Lebhafte Beifall.)

Fischer (Demokrat) bezeichnet die Ausführungen, die Prolat über die Haltung von Rusch und Mich. Müller gemacht hat, als durchaus zutreffend.

Dr. Michaelis (Demokrat) ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. So wie die Sache jetzt von der anderen Seite eingeleitet wird, muß sie zu einem schweren Fiasko führen. Es ist eine Gewissenlosigkeit, jetzt einen Generalstreik ins Werk zu setzen. Wir müssen der Generalstreikparole mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. (Lebhafte Beifall.)

Cohen: Wir haben eine ernste Frage zu entscheiden. Im Kampf stehen unsere Arbeitsschüler. Wenn die Unternehmer glauben, wir könnten uns durch unsere Entscheidung auf ihre Seite stellen, dann treten sie sich. Unser Herz als Arbeiter ist bei den Streikenden. (Lebhafte Beifall.) Wir erwarten, daß auch die Unternehmer sich bereit finden, durch weiteres Entgegenkommen die Differenz, die doch nur noch gering ist, aus der Welt zu schaffen. Wer seit Wochen im schweren Kampf steht, wie die streikenden Metallarbeiter, verdient die volle Anerkennung eines jeden Arbeiters. (Beifall.) Die Streikenden stehen fest, nur wenige sind bis jetzt abgebrochen. Diese Disziplin ist das Resultat jahrelanger Erziehung, die nicht diejenigen geleistet haben, die jetzt an der Spitze stehen, sondern ihre Vorgänger. (Zustimmung.)

Die jetzigen Leiter der Gewerkschaft mißbrauchen die Disziplin der Arbeiter

und dagegen protestieren wir. — Andere als die Streikenden haben über das Streikobjekt nicht zu entscheiden. Aber nachdem wir zum Generalstreik aufgefordert sind, haben wir noch sachlicher Prüfung deutlich auszusprechen: Das Objekt, das Veranlassung gegeben hat, zum Generalstreik aufzufordern, ist viel zu gering, um den Eintritt in den Generalstreik zu rechtfertigen. (Sehr richtig!) Wenn Grundrechte der Arbeiter auf dem Spiel stehen, sind wir selbstverständlich bereit, unsere Person, unsere ganze Existenz einzusetzen für die Sache, die wir in jahrelangen Kämpfen und seit dem 9. November errungen haben. Aber in solchen Kampftreten wir nur ein, wenn wir dazu aufgefordert werden von denen, die wir an die Spitze der politischen und gewerkschaftlichen Körperschaften gestellt haben. Das ist Disziplin. Die Kommunisten, Spartakisten und Syndikalisten suchen seit Jahren die Disziplin in unseren Organisationen zu untergraben und die Arbeiter für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Wir müssen den Kommunisten und Spartakisten zeigen,

daß die Zeiten ihrer Furcht vorüber sind.

Wir stehen zu den von uns gewählten Leitern und werden nur ihrem Ruf zum Kampf Folge leisten. (Zustimmung.) Wer der Meinung ist, die kämpfenden Metallarbeiter brauchen die Hilfe der übrigen Arbeiterschaft, der soll sich an die zuständigen Vertreter der Arbeiterschaft wenden. — Vor vier Wochen wurde im „Vorwärts“ der Vorschlag gemacht, die Arbeit aufzunehmen und die Streitfragen, die damals bestanden, durch Schiedssprüche entscheiden zu lassen. Wäre der Vorschlag befolgt worden, dann wären die Metallarbeiter gar nicht in die jetzige Situation hineingekommen. Ich bin es, der diesen Vorschlag gemacht hat, denn ich weiß aus Erfahrung, was die jetzigen Schwierigkeiten der Wiedereinstellung zu bedeuten haben. In der „Freiheit“ wurde mein Vorschlag verhöhnt, er habe der Streikleitung eine verhängnisvolle Viertelstunde bereitet, hieß es. Heute wird man wohl bereuen, daß man auf diesen Vorschlag nicht eingegangen ist. Hätte man es getan, dann wären die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht entstanden. Aber der Vorschlag stand ja im „Vorwärts“, er ging von einem Mitglied der K. P. D. aus, und das war Grund genug, nicht auf ihn einzugehen. — Ein Arbeiterführer muß den Ruf haben, in der Versammlung die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie den Zuhörern unangenehm klingt. Auf Verlangen darf dabei keine Rücksicht genommen werden. Diesen Ruf habe ich bei denen, die den Streik leiten, nicht gesehen. (Zustimmung.) Nur Vernunftgründe, nicht Phrasen, dürfen die Entscheidung über einen Streik beein-

flussen. Unsere Haltung in der gegenwärtigen Situation dient der Gesamtheit. Sie schädigt die Streikenden nicht. Jetzt stehen die Dinge so, daß man zur Feier des 7. und 9. November unter allen Umständen einen Generalstreik haben will. (Sehr richtig!) Man kann sich vom politischen Hoch doch nicht dadurch befreien, daß man dem Wirtschaftsleben einen schweren Schlag versetzt. Die Gewerkschaften haben auch jetzt und in Zukunft noch wichtige Aufgaben im Interesse der Arbeiter zu erfüllen. Darum dürfen sie nicht in unverantwortlicher Weise mißbraucht werden. Wir lehnen es ab, unverantwortlichen Personen zu folgen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wurde Schluß der Diskussion beschlossen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 5. November 1919 in der Brauerei tagende Versammlung der gesamten Funktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion Groß-Berlin nahm Stellung zu dem am Montag gefassten Beschlusse der Generalversammlung der Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes. In diesem werden die nach in Arbeit stehenden Metallarbeiter Groß-Berlin aufgefordert, sofort in einen Sympathiestreik für die im Streik Befindlichen zu treten und die gesamte Arbeiterschaft Groß-Berlin wird nach Ablauf des den Unternehmern gestellten Ultimatums zu einem allgemeinen Generalstreik für das ganze Groß-Berliner Wirtschaftsgebiet aufgefordert.

Dazu beschließt die Versammlung: Den Unterzeichnern des heute in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufrufs an die Berliner Arbeiterschaft zum Generalstreik spricht die Versammlung das Recht ab, im Namen der gesamten Berliner Arbeiterschaft zu sprechen und zu handeln.

Zum Metallarbeiterstreik erklärt die Versammlung, daß bei gezieltem Vorgehen der Streikleitung das noch bestehende Streikobjekt in einer für die Arbeiterschaft befriedigenden Weise erledigt werden könnte. Obwohl der Sympathiestreikbeschlusse den statutarischen Bestimmungen des Verbandes widerspricht, erklärt die Versammlung, den Metallarbeiterstreik als eigene Angelegenheit der Metallarbeiter.

Die im Metallarbeiterstreik noch vorliegenden Differenzpunkte können deshalb für die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlin keine Veranlassung bieten, in einen Generalstreik einzutreten. Die Arbeiterschaft Groß-Berlin hat um so mehr Anlaß, sich mit aller Entschiedenheit gegen die gewissenlose Generalstreikhebe bereu zu wenden, die durch sie die Niederlage der unfähigen Streikleitung verhindern wollen, als der Generalstreik nach dem heutigen Aufruf in der „Freiheit“ ausdrücklich als politischer Kampf gekennzeichnet wird. Die Versammlung fordert die Arbeiterschaft auf, der Generalstreikparole unverantwortlicher Führer nicht zu folgen, sondern sich geschlossen hinter die berufenen Körperschaften (Gewerkschaftsband und Parteivorstände) zu stellen und lediglich nach deren Parole zu handeln.

Der Vorsitzende Fischer (Dem.) schloß die Versammlung mit dem Ausdruck der Erwartung, daß der gefasste Beschlusse im Interesse der Allgemeinheit in die Tat umgesetzt werde.

## Streikagitation bei der Straßenbahn.

Nachdem am Montag die Arbeiter der Hauptwerkstatt ohne Stellung irrendwelter Forderungen in einen Sympathiestreik für die Metallarbeiter eintraten, ist im Laufe des Dienstagvormittag von einer Unruhe, hinter der in der Hauptwerkstatt der große Arbeiterausschuss steht, mit allen Mitteln versucht worden, den Straßenbahnverkehr zum Erliegen zu bringen. So erschienen vom Montag zu Dienstag nacht auf sämtlichen Bahnhöfen der Großen Berliner Straßenbahn der folgende Aushang:

Berlin, den 4. November 1919.

Kollegen und Kolleginnen!  
Auf Grund des Aufrufs der Direktion gegen den Arbeiterausschuss hat am Donnerstag eine Vollversammlung einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute am 30. Oktober 1919 tagende Vollversammlung des gesamten Verkehrsbezirks nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der herausfordernden Behandlung und Androhung der Entlassung des Arbeiterausschusses der U. S. V. D. von Seiten der Direktion. Sie verurteilt weiter, daß sich der Ausschuss der U. S. V. D. in Vertretung durch Herrn Professor Wiele mit dieser Erklärung der Direktion, die sich nicht nur gegen den Arbeiterausschuss richtet, sondern auch als ein Aufruf gegen die gesamte Arbeiterschaft betrachtet wird, einverstanden erklärte. Sie fordert, daß die Vertreter der Arbeiterschaft, wenn die Erklärungen aufrecht erhalten werden, aus dem Ausschuss austreten haben. Die Versammelten erklären, daß sie zu ihrem Arbeiterausschuss volles Vertrauen haben. Wir haben es für selbstverständlich gehalten, daß die Arbeiterausschüsse der Verkehrsbezirke bei schweren wichtigen Aktionen, ohne die Massen zu befragen, eintreten, um die berechtigten Interessen der Massen zu wahren.

(Es folgt dann Einverständnisklärung, Dank für das Eintreten und Ausdruck des Vertrauens für weitere Arbeit.)

Unterstützt:  
Voron. Schaumburg.

Die Versammlung, in der die vorstehende Entschließung gefasst worden sein soll, hat also bereits am Donnerstag, den 30. v. M., stattgefunden. Wenn diese Entschließung erst Dienstag zum Ausdruck gebracht worden ist, so geht daraus deutlich hervor, daß sie dem Zwecke dienen soll, den besonnenen Teil der Arbeiterschaft, der nicht gewillt ist, sich in einen Streik hineintreiben zu lassen, gegen die Betriebsleitung aufzutreten.

## Auflösung von Straßenbahner-Versammlungen.

Der Arbeiterausschuss der Straßenbahner hatte zu Mittwochabend Bahnhofsversammlungen einberufen, die über die Beteiligung am Generalstreik Beschlusse fassen sollten. Die Versammlungen waren zum Teil von betriebsfremden Leuten besucht, die durch intensive Agitation mittels Flugblätter und Ansprachen die Stimmung für den Generalstreik zu beeinflussen suchten. Die Flugblätter enthielten in der bekannten Weise eine Verherrlichung der russischen Revolution und forderten zur Sympathieerklärung für die russische Sowjetrepublik auf. Die Versammlungen wurden jedoch kurz vor Beendigung durch Reichwehretuppen aufgelöst, so daß eine Abstimmung, die im übrigen auch nicht in den vorgeschriebenen Formen — d. h. geheim — vorgelesen war, nicht erfolgen konnte. Die Stimmung war jedoch allgemein gegen eine Beteiligung am Generalstreik, so daß zu erwarten ist, daß der Straßenbahnbetrieb voll aufrechterhalten werden wird.

# Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

10. bis 26. November

# Die Lebensmittelforge vor der Landesversammlung.

Auf der Tagesordnung der Mitwirkenden der Preussischen Landesversammlung stehen die Abstimmungen über den Landwirtschaftshaushalt und die dazu vorliegenden Anträge.

Das Gehalt des Ministers wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen bewilligt. (Große Heiterkeit.) Danach erfolgt die Annahme des Landwirtschaftshaushalts und der dazu vorliegenden Anträge des Landwirtschaftshausausschusses über die Sicherung und Steigerung der Lebensmittelerzeugung, über die Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittel und über die Preisbestimmung für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Dabei stimmten die Deutschnationalen und die Unabhängigen gegen die Organisierung von Arbeitsgemeinschaften der Landwirte zu gegenseitiger Hilfe, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gegen die zwangswise Bewirtschaftung brachliegender Felder, die Deutschnationalen gegen das vorläufige Festhalten an der öffentlichen Bewirtschaftung der für die Volksernährung wichtigsten Lebensmittel und gegen die Vereinfachung der Leberchasse der Viehhändlerverbände zur Abgabe von Lebensmitteln zu billigeren Preisen an die bedürftigen Kreise der Bevölkerung.

Aus der Abstimmung ist ferner hervorzuheben, daß der deutschnationale Antrag gegen die Verordnung über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt wird.

Es folgt die Abstimmung über das Gesetz betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden, die gestern infolge der Beschlußunfähigkeit ergebnislos verlaufen war. Adolf Hoffmann (l. Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über den demokratischen Antrag auf Zurückverweisung des Gesetzes an den Rechtsausschuß. Feinert läßt namentliche Abstimmung nicht zu, mit der Begründung, daß die Abstimmung bereits gestern besprochen habe und der Antrag Adolf Hoffmann geschäftsordnungsmäßig nach erfolgter Aufforderung zur Abstimmung nicht mehr zulässig sei. Adolf Hoffmann widerspricht dieser Auffassung. Die Abgg. Dr. Forch (Ftr.) und Dr. von Krause (D. Sp.) unterstützen dagegen die Auflosung des Präsidiums unter Berufung auf die bisherige Übung des Hauses. In einfacher Abstimmung erfolgt die Annahme des demokratischen Antrages gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Danach wird die Beratung des Antrages Friedberg (Dem.) über die Verchiebung von Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande fortgesetzt.

Heller (Soz.): Trotzdem die Regierung manches gegen die Lebensmittelschwankungen unternommen hat, ist eine wesentliche Besserung noch nicht eingetreten. Zur wirksamen Bekämpfung der unhaltbaren Zustände bedarf es einer mit diktatorischer Gewalt ausgerüsteten Stelle. Konsumisten und Produzenten müssen in Gemeinschaft mit den Kommunalverbänden in Feststellungsausschüssen auf dem Lande wirken. Auch die Eisenbahnverwaltung muß anders organisiert werden. Das die Untersuchungskommission über die verdrehten Zustände im Düsselbacher Bezirk bei der Staatsanwaltschaft einfach verschwunden sind, ist ein Zustand, der zum Himmel stinkt. (Sehr wahr!) Hier muß energisch zugegriffen werden, besonders gegen die wilden Aufkäufer, die den Bauern Getreide und Kartoffeln ablaufen und ins Ausland verschicken.

Rüster (Z.): Der Schieberhandel ist eine der trüben Folgen, die die Revolution gezeitigt hat. (Widerpruch links, Zurufe: Nein, der Krieg!) Wir können und nicht mehr den Luxus leisten, das billigste Brot der Welt zu essen. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Jansen (Dem.): Alle unsere Maßnahmen bleiben wirkungslos, wenn wir nicht endlich Unterstützung durch die Entente bekommen. Diese will aber den furchtbaren Zustand, der unsern wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen muß, dauernd erhalten. Ich rufe die Solidarität der anständigen Leute diesseits und jenseits der Grenze zum Schutze gegen dieses Verfahren auf.

Reuhaus (Dnat): Düsseldorf und andere Städte haben sich zu reinen Schieberbörsen ausgebildet. Das Bestechungswesen hat ungeheure Ausdehnung angenommen; für die Besetzung der Eisenbahnbeamten hat sich sogar ein Tarif ausgebildet. Mit der Einrichtung von Buchergerichten sind wir einverstanden.

Christiane (l. Soz.): Wir erkennen an, daß der Staatssekretär für das Ernährungsweien tatkräftig zugreift. Aber die Getreidebesitzer, die bei Wein und Weibern das dem hungernden Volke ausgepreßte Geld verprassen, sind Landesverräter und müssen als solche behandelt werden. Die Not der Landwirtschaft ist durchaus nicht groß; mancher Landwirt läßt die Kartoffeln ganz gern erfrühen, um dann Spiritus daraus zu machen. Im besetzten Gebiet erfüllen die Landwirte ihre Ablieferungspflicht nicht, sondern liefern ihre Erzeugnisse, besonders Getreide, zu Bucherpreisen den Schiebern aus. (Lebhaftes Lachen.) Die Arbeiter räte sollten mit Polizeibefugnissen ausgestattet werden; denn sie allein können bei Zusammenarbeit mit den Verbraucherorganisationen den berufsständigen Schiebern das Handwerk legen. Der Regierung ist es bisher nicht gelungen, und deshalb wird sich das Volk eines Tages gezwungen sehen, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Held (D. Sp.): Mit Gewaltmitteln ist nichts zu erreichen; vor allem ist notwendig, daß die Landwirte höhere Preise bekommen.

Danach wird der demokratische Antrag, der von der Staatsregierung Maßnahmen zur Verminderung des Schmuggels mit Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande verlangt, einstimmig angenommen.

Nach einer Besprechung der Leuchtmittelnot, die keinerlei Ergebnis zeitigt, folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, in Verbindung mit der zweiten Beratung des Antrages Dr. Muer (Dem.) auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein.

Ein Regierungsvertreter stellt nach der Debatte darüber mit Freuden das Einverständnis aller in den wesentlichsten Dingen fest: Einheitsstaat bei selbständiger Entwicklung der Provinzen.

Danach verläßt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung, Vergnügungshaus.

## Gewerkschaftsbewegung

### Zur Wirtschaftsbeihilfe der Eisenbahner.

Am Dienstag, den 4. November, fand auf Grund einer Einladung der sozialdemokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung eine Besprechung mit der Fraktion und den Vorstandsvertretern Scheffel und Thielemann vom Deutschen Eisenbahner-Verband im Preussischen Abgeordnetenhaus statt. Es handelt sich um die Frage der an die Eisenbahner gezahlten Wirtschaftsbeihilfe, die in einigen Teilen durchaus nicht die Zustimmung der Mitglieder des D. E. B. und des Bundes derselben gefunden hat. Vor allem muß es als eine große Härte bezeichnet werden, daß alle Bediensteten, die noch kein volles halbes Jahr am 3. September 1919 beschäftigt waren, von jeglicher Zuwendung ausgeschlossen wurden. Eine Eingabe des Vorstandes des D. E. B. mit dem Inhalt, auch diesen Leuten eine nach der Dauer ihrer Beschäftigung abgestufte Beihilfe zu gewähren, war der hauptsächlichste Gegenstand der Verhandlung. Eine Reihe von Abgeordneten hielt die Eingabe im wesentlichen für berechtigt und ihre Durchführung für geboten. Die Verlehrsbeschwerden und die gesunkene Leistungsfähigkeit in den Eisenbahnbetrieben wurde gleichfalls erörtert.

Die Vorstandsvertreter legten die Gründe dar, die sie veranlaßten, die Eingabe den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Abgeordnetenhauses zu übermitteln und bewiesen besonders darauf, daß es sich hauptsächlich um wirtschaftlich unglücklich gestellte Leute handelt, Kriegsteilnehmer und Arbeitslose, die unbedingt berücksichtigt werden müssen. Vom Eisenbahnministerium wird jedoch über den Rückgang der Leistungsfähigkeit, und dabei wird die Hauptschuld auf die Laßheit der Eisenbahner geschoben; auch die bürgerliche Presse schreibt fast alltäglich in die Welt hinaus, daß die Eisenbahner nicht mehr arbeiten wollen. Demgegenüber ist als Tatsache festzustellen, daß die funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben selbst mit aller Energie gegen Laßigkeit und Faulheit vorgehen, aber der Hauptgrund an den Verlehrsbeschwerden und dem Rückgang der Leistungsfähigkeit ist auf anderem Gebiet zu finden. Ohne eine gründliche technische und soziale Reform der Betriebe und Einräumung der notwendigen Rechte an die Eisenbahner kann die Leistungsfähigkeit unmöglich gehoben werden. Es muß ferner baldigt mit den Verhandlungen über den eingereichten Tarifentwurf begonnen und die vom Ministerium seit langer Zeit zugesagte Einführung der Betriebsräte erfüllt werden. Man sollte an maßgebender Stelle mit mehr Klugheit und taktischem Geschick verfahren, der Organisation mehr entgegenkommen zeigen, und dann würden auch bald bessere Verhältnisse entstehen.

Die Fraktion der Landesversammlung hat den Vorstandsvertretern zugesagt, den Antrag auf Verbesserung der Wirtschaftsbeihilfe aufzunehmen und zu unterstützen. Es ist dringend zu wünschen, daß die zuständigen Stellen die unbedingte Notwendigkeit der Durchführung der Reformen anerkennen und baldigt im gewünschten Sinne erledigen mögen.

### Zum Streit im Eisenhandel

Es ist zu berichten, daß am 5. November im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Herrn Dr. M. Weigert ein Schlichtungsausschuß getagt hat. Der einstimmig vom Schlichtungsausschuß gemachte Vermittlungsvorschlag wurde von beiden Parteien dahingehend angenommen, daß die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich verpflichteten, in ihren Mitgliederversammlungen für diesen Vorschlag einzutreten. Die entscheidenden Versammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finden im Laufe des 8. November statt.

### Achtung, Stukkateure!

Eine im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Stukkateure nahm Stellung zu dem Resultat der Verhandlungen der Schlichtungskommission.

Nach reger Diskussion wurden folgende Lohnsätze mit 171 gegen 18 Stimmen angenommen: Einheitsstundenlohn für Vollstukkateure 3,40 M., für Werkstatstukkateure 3,80 M. Für Ausübung bei auswärtsigen Arbeiten ist ein Mindestlohn von täglich 8,40 M. zu zahlen; für Akkordarbeiten ein Zuschlag von 17 1/2 Prozent. Diese Lohnsätze treten vom 1. November ab in Kraft. Für Baustellen, wo die Arbeit bis zum 1. November noch nicht beendet ist, bleiben die eventuellen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zur Beendigung der betr. Arbeiten bestehen. Alsdann nahmen die Versammelten eine Resolution an, in welcher den streikenden Metallarbeitern die vollste Sympathie ausgesprochen wird.

### Der Branchenstreik der Bürstenmacher ist beendet.

Am Montag, den 3. November, ist durch Schiedsspruch folgendes Urteil gefällt worden:

Der Mindestlohn beträgt für Facharbeiter 2,55 M. die Stunde, für Frauen 2,40 M. Die Akkordpreise sind für Männer und Frauen gleich. Die Berechnung der Akkordpreise erfolgt auf folgender Grundlage: Bei gewöhnlicher Ware werden 800 Bündel beim Einziehen und 150 Bündel beim Fachen pro Stunde gerechnet. Es würden also für 1000 Bündel gewöhnlicher Ware beim Einziehen 8,50 M. und beim Fachen 17,— M. zu berechnen sein, alle andern Arbeiten entsprechend höher. Der Schiedsspruch ist von den Arbeitnehmern angenommen, von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden aufgefordert, nicht unter diesen Lohn- und Akkordätzen zu arbeiten.

Die Streikleitung.

Verwaltungssitze Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

### Hungerlöhne in den Schuhwarenhäusern!

Mit der größten Eut und Verbissenheit arbeiten die Herren Arbeitgeber im Schuhwarenhandel gegen ihre streikenden Angestellten. Nach geheimer Verabredung gehen sie mit Kündigungen und Entlassungen gegen das im Auslande befindliche Personal vor, um es zum Verräter an ihren Kollegen zu machen. Es wird ihnen nicht gelingen, ebensowenig werden sie imstande sein, die kämpfenden Angestellten zu zersplittern, sie einzeln abzuwürgen, um ihnen später das unter dem Druck der Verhältnisse Gebotene wieder freitrag zu machen.

Leuten vom Schlage dieser Unternehmer, die ihr Wort, zu verhandeln, schriftlich gegeben, es wieder zurückziehen, dann nochmals geben und dann wieder zurückziehen, kann man nicht zutrauen, daß sie es ehrlich meinen.

Die Firma A. Dorndorf z. B. seht kurzerhand zwei Mitglieder des Angestelltenausschusses, die sich besonders verdient um ihre Kollegen gemacht hatten, auf die Straße, trotzdem ein Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin sie abweg, die betreffenden weiter zu beschäftigen. In der schäblichsten Weise behandelt man Angestellte, die 10, 15 Jahre und noch länger bei einer Firma waren.

Hungerlöhne auf der einen Seite, bis 50,— M. monatlich abwärts, Millionenprofite auf der anderen Seite. Schon unter der Zwangswirtschaft hatten die Unternehmer 85 Proz. durchschnittlich Verdienst. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft stiegen die Preise um das Drei- und Vierfache. Der Verdienst war im Durchschnitt 83 1/2 Proz., für Lederschuhe um 40 Proz. Daraus geht hervor, daß sich der Profit um das Dreifache mindestens erhöhte. Trotzdem Schandgehälter, Hungerlöhne, Beamten u. dergl. gab man die Schuhwaren zu Spottpreisen, das Personal mußte die vollen Preise bezahlen.

Herr Wolf von der Firma A. Dorndorf und Herr Lebz von der Firma Salamander Schuh-Ges. m. b. H. geben aufs Ganze. Die Streikmannschaft wurde gegen die Angestellten mobil gemacht, Streikposten wurden verhaftet und stundenlang im Gewahrsam gehalten.

Die Herren Millionäre stehen auf der Straße und werden zu Volksheldern gegen ihre hungernden Angestellten. Arbeiter, Protestantierbrüder, unterstützt die um ihre Menschenrechte kämpfenden Streikenden. Hoch die Solidarität!

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe VII.

### Zum Metallarbeiterstreik.

**Achtung, Obleute der Streikenden!** Nächste Sitzung Freitag vormittag, 9 1/2 Uhr, in den „Sophienhallen“.

**Dynamowerk.** Donnerstag, 8 1/2 Uhr früh, Sitzung der Vertrauensleute im Streiklokal. Erscheinen ist Pflicht!

**Deutsche Werkstätten-Gesellschaft Hohenschönhausen.** Freitag, den 7. November, 12 Uhr, Betriebsversammlung und Beschluß der Extraunterstützung im Restaurant „Zum Herkules“.

**Reinhold Siemens & Schudert.** Heute Donnerstag Quittungen unterschreiben von 9—1 Uhr im Streiklokal. — Sonnabend von 9—1 Uhr Zuschuß der Streikunterstützung in den bekannten Lokalen. Nachzügler müssen bis Ende nächster Woche warten.

**Berlin-Anhaltische Maschinenbau- u. Mt.-Ges.** Donnerstag, den 6. 11., nachmittags 1 Uhr, Betriebsversammlung in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 48. Am Anschlag Quittungen unterschreiben im Streiklokal.

**Siemens Nord-Werk.** Donnerstag, früh 11 Uhr, Versammlung im „Stadtpark“, Jungfernheide.

**Bergmann-Rosenthal.** Freitag, 7. November, 11 Uhr, Quittungen unterschreiben. 1 bis 1500 bei Bohne, 1501 bei Schlitz bei Feind.

**A. Vorlag, Tegel.** Donnerstag, den 6. November, nachmittags 2 Uhr, in Hartmanns Brauerei, Reinickendorf, Betriebsversammlung sämtlicher Kollegen. Die Funktionäre treffen sich um 1 Uhr im selben Lokale. Kontrollkarte legitimiert.

**Sattler!** Heute nachmittags 2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus für alle in der Metallindustrie streikenden und ausgesperrten Sattler eine Versammlung statt.

**Decker u. Co., Tempelhof.** Freitag, vormittag 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Lokal „Metallarbeiter“, Untenstr. 195. Verhandlungsmitbringen!

**Zentralverband der Fleischer.** Mitgliederversammlung Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, Bezirk Reinickendorf, Wittenau, Tegel, bei Vahl, Reinickendorf, Provinzialstr. 113. — Bezirk Spandau: Nachmittags 5 1/2 Uhr, im „Allen Rotfleisch“, am Markt.

**Damen- und Strohhutarbeiter und Arbeiterinnen.** Am Freitag, den 7. 11., nachm. 5 Uhr, Versammlung, Gewerkschaftshaus, Saal 1. **Bund der techn. Angestellten und Beamten.** Ortsgruppe Ober-Schöneweide. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 14. d. M., abends 7 Uhr, im bekannten Lokal statt. — Ortsgruppe Steglitz: Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Birtshaus „Zum Stern“, Steglitz, Kieler Str. 7.

**Gold- und Silberarbeiter!** Heute, Donnerstag, Branchenversammlung im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Reußhain; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag und Verlagsanstalt Paul Einar u. Co. in Berlin. Einheitsstr. 5. Hierzu 2 Beilagen.

# A. WERTHEIM

Leipziger Straße      Königstraße      Rosenthaler Straße      Moritzplatz

## Regenschirme

- Damen- und Herrenschirm baumwoll. Taft, festkantig mit Naturstocksortiment, reinseiden. Taftfutteral 39<sup>00</sup>
- Damen- und Herrenschirm vorzügliche Halbseide, festkantig, mit aparten Naturstöcken, reinseidenes Taftfutteral 63<sup>00</sup>
- Damenschirm halbseid. Surah, mit eleganten Fantasiegriffen und reinseidenem Taftfutteral 72<sup>50</sup>
- Herrenschirm halbseid. Surah, mit eleganten Fantasiegriffen und reinseidenem Taftfutteral 85<sup>00</sup>
- Kinder-Regenschirme ... von 28<sup>00</sup>

## Herren-Kleidung

- Sakko-Anzug, elegante, moderne Machart, aufgesetzte Taschen, Rückengurt, Umschlaghose in verschiedenen Farben, braun, mode und grünlich. 375<sup>00</sup>
- Jünglings-Ulster, in vielen Farben, teils hochgeschlossen mit durchgehendem Gürtel, 185.00 135<sup>00</sup>
- Lodenmäntel, oliv und grau, weiche, gute Qualitäten, 185.00 138<sup>00</sup>
- Herren-Beinkleider, hübsche Streifenmuster, 112.<sup>00</sup>, 88.<sup>00</sup>, 55.<sup>00</sup>, 29<sup>50</sup>
- Herren-Winter-Ulster u. Paletots, elegante Formen, gute Stoffe, in verschiedenen Preislagen

## Lederwaren

- Geldtaschen, Leder, für Damen u. Herren 3<sup>50</sup> 5<sup>50</sup> 9<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 15<sup>50</sup> 19<sup>50</sup>
- Brief- u. Banknotentaschen, Leder 21<sup>00</sup> 26<sup>50</sup> 36<sup>50</sup> 38<sup>00</sup>
- Damen-Handtaschen in verschiedenen Lederarten u. Formen von 22<sup>00</sup>
- Große Auswahl in modernen Perlentaschen mit und ohne Bügel

In den Lebensmittel-Abteilungen:  
**Frische Karpfen Pfd. 4.50**

## Herren-Artikel

- Oberhemden, farbig, Zephir, mit festen Manschetten u. Reservemanschetten oder weichen Stehummanschetten 54<sup>00</sup>
- Sportkragen, weiß, weich, ... von 3<sup>50</sup>
- Vorhemden, farbig, Zephir, ... 6<sup>75</sup>
- Selbstbinder, breite offene Form, in großer Musterwahl... 5<sup>90</sup> 9<sup>75</sup> 11<sup>50</sup> 14<sup>50</sup>
- Strickbinder, ... von 10<sup>50</sup>
- Kragenschoner, in großer Auswahl ... von 15<sup>50</sup>
- Hosenträger, kräftiges Gurtband ... 3<sup>50</sup> 6<sup>50</sup> 8<sup>75</sup>
- Weiche Herren-Hüte in modernen Farben und Formen in großer Auswahl

**Leih-Bibliothek in allen 4 Geschäften**